

Wiener Stadt-Bibliothek

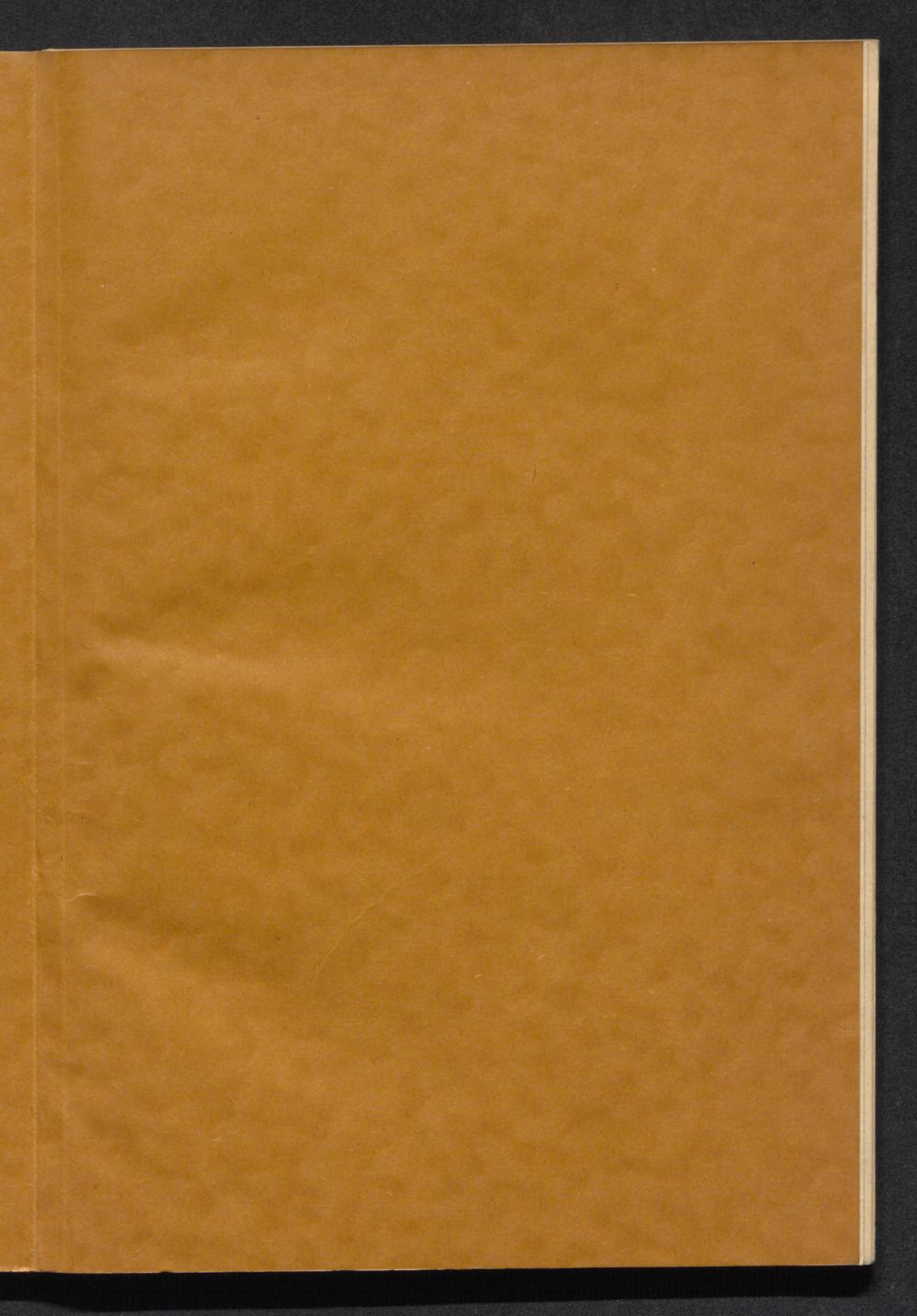
82213

A

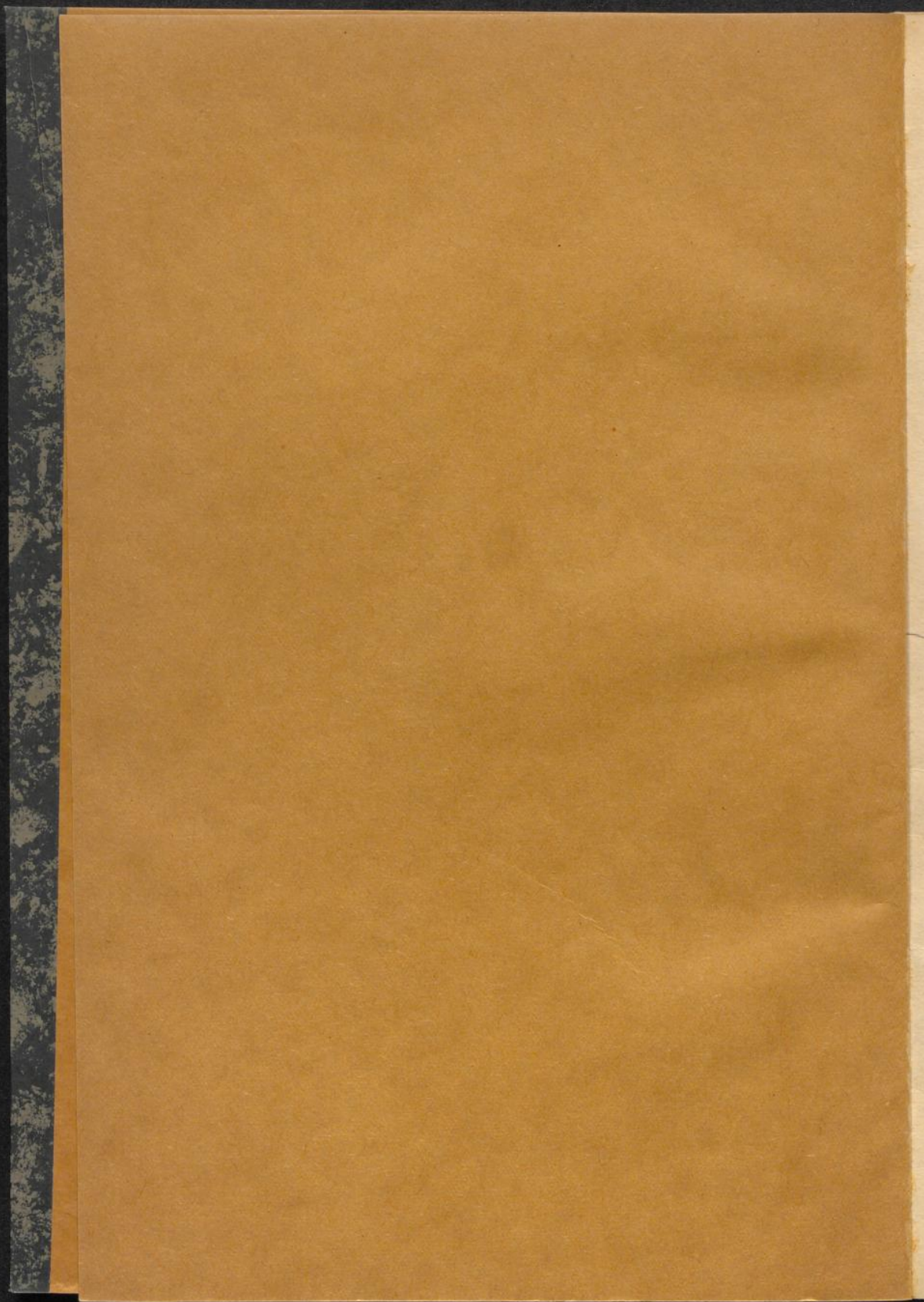
*21.12.1890*













A 822,13/  
79 / 2, Exp 6

OTTO BAUER

Der **Aufstand** der  
österreichischen Arbeiter

Seine Ursachen und  
seine Wirkungen

1934

---

Verlag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der  
Tschechoslowakischen Republik, Prag XII., Fochová tř. 62



a 8243  
2.9x.

## *Dem Andenken*

*der gefallenen und der standrechtlich  
hingerichteten Helden des  
Republikanischen Schützbandes  
gewidmet*



31190010

Das Erträgnis dieser Schrift fließt den Opfern des österreichischen  
Freiheitskampfes zu

Karl Kraus-Archiv



## Sturm über Oesterreich.

Montag den 12. Februar, morgens, brach der Sturm los.

Zwei Tage vorher hatte die oberösterreichische Heimwehr ihre Mannschaften aufgeboten. Bewaffnet waren sie in Linz und in den anderen Städten Oberösterreichs eingezogen. Auf ihr bewaffnetes Aufgebot gestützt, hatten die Heimwehrführer dem Landeshauptmann von Oberösterreich ihre Forderungen überreicht. Sie verlangten die Absetzung der verfassungsmäßigen Landesregierung, ihre Ersetzung durch einen Landesausschuß, der aus den faschistischen Wehrformationen zusammengesetzt werden sollte, Auflösung der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen von Linz und Steyr; im Lande und in den Gemeinden dürfe kein Sozialdemokrat mehr an der Verwaltung beteiligt sein, mochte ihn das Volk mit noch so großer Mehrheit zu seinem Amt berufen haben.

Während das bewaffnete Aufgebot der Heimwehr dieses Ultimatum an den Landeshauptmann gestellt hatte und drohend beisammen blieb, um den Landeshauptmann unter seinen Druck zu stellen, waren bei Schutzbündlern Hausdurchsuchungen und Waffensuchen unternommen und lokale Schutzbundführer verhaftet worden.

Die Linzer Schutzbündler fühlten: Die entscheidende Stunde ist da; während sich die Heimwehr anschickt, mit Waffengewalt die faschistische „Gleichschaltung“ der Landesregierung und der Gemeindeverwaltungen zu erpressen, entwaffnet die Staatsgewalt uns, damit wir den Heimwehrafaschisten keinen Widerstand entgegensetzen können!

Die Linzer Schutzbündler wollten sich in solcher Stunde nicht entwaffnen lassen. Als am Montag früh Bundespolizei in das Hotel „Schiff“, den Sitz der Linzer Arbeiterorganisationen, eindrang, um dort eine Waffensuche vorzunehmen, setzte sich eine Bereitschaft des Schutzbundes zur Wehr. Militär wurde herbeigeholt. Der Straßenkampf begann. Mit Windeseile verbreitete sich die Nachricht von dem Zusammenstoß bei dem Hotel „Schiff“ durch Linz. Nun holten die Schutzbündler überall ihre Waffen. Auch in anderen Teilen der Stadt begann der Kampf.

Wenige Stunden später verbreitete sich die Nachricht von den Linzer Zusammenstößen in Wien. Auch hier lohten nun die Leidenschaften auf: „Wir dürfen die Linzer nicht allein lassen!“

Die Wiener Arbeiter waren schon seit einigen Tagen in großer Erregung. Führende Vertrauensmänner des Schutzbundes, unter ihnen die Bezirksführer aller 21 Wiener Bezirke, waren verhaftet worden. Das Parteihaus war am Donnerstag von einem großen Aufgebot der Polizei besetzt gewesen. Alles das in einem Augenblick, in dem die Heimwehrafaschisten den entscheidenden Schlag, die Besetzung des



Wiener Rathauses, die Absetzung der von zwei Dritteln des Wiener Volkes gewählten sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung von Wien, die Auflösung der sozialdemokratischen Partei für die allernächsten Tage ankündigten!

Am Sonntag, dem 11. Februar, war in Floridsdorf, dem industriereichsten Bezirke Wiens, ein besonders angesehener Vertrauensmann der Arbeiterschaft, der Betriebsratsobmann eines Großbetriebes, verhaftet worden. Schon in den Morgenstunden des Montag erwogen die Betriebsräte der Floridsdorfer Großbetriebe einen Proteststreik gegen diese Verhaftung. Sie hatten ihren Entschluß noch nicht gefaßt, als sich die Nachricht von den Linzer Ereignissen verbreitete.

Um die Mittagsstunde stellten die Arbeiter des Elektrizitätswerkes die Arbeit ein. Die Straßenbahn kam zum Stillstand. Die Schutzbündler sammelten sich in ihren Bereitschaftslokalen.

Die Polizei vergrößerte die Erregung, indem sie gerade in diesen Stunden in zwei Wiener Arbeiterbezirken neuerlich Hausdurchsuchungen vornahm und Waffen beschlagnahmte.

Nun setzte auch in Wien der Widerstand ein. Gegen fünf Uhr nachmittags fielen die ersten Schüsse.

Die Kämpfe begannen. Auf der einen Seite Proletarier, zumeist Arbeitslose, mit einem alten Gewehr aus der Kriegszeit in der Hand und wenigen Patronen in der Tasche. Auf der anderen Seite Militär und Polizei, mit allem modernen Kriegsgerät ausgerüstet: Panzerwagen, Kanonen und Haubitzen, Minenwerfern.

Schon in den Abendstunden donnern die Geschütze. Die Truppen des Herrn Dollfuß schießen die Gemeindehäuser, in denen sich die Schutzbündler verbarrikadiert hatten, zusammen. Was liegt daran, daß dieses Bombardement Frauen und Kinder mordet? Es sind Frauen und Kinder rebellischer Proleten. Was liegt daran, wenn die Zerstörung der Gemeindehäuser Tausende obdachlos macht? Mit Gewehren und Maschinengewehren allein würde man eben mit dem Aufruhr der Arbeiter nicht so leicht fertig.

Haben die Geschütze ihr Werk getan, so beginnen die Truppen die Gemeindehäuser zu stürmen. Auf den Höfen, in den Stiegenhäusern, in den Küchen entbrennt der Kampf Mann zu Mann. Primitive Handgranaten, die sich die Arbeiter selbst erzeugt hatten, werden auf die eindringenden Soldaten geschleudert. Mit Küchenmessern und Bügeleisen stehen die Proletarierfrauen ihren kämpfenden Männern bei.

Endlich scheint das Werk getan. Die Staatsgewalt hat sich des Hauses bemächtigt. Aber ein paar Stunden später tauchen auf dem Dach, in einem Turm, an ein paar Fenstern wieder Schützen auf, die den Kampf von neuem aufnehmen.

Trotz der Ungleichheit der Bewaffnung dauert der Kampf um Wien viermal vierundzwanzig Stunden...

Und indessen wird auch in den Industriestädten draußen gekämpft. In dem tapferen Steyr. In dem heroischen Bruck an der Mur. In Eggenberg und Graz, in Kapfenberg und Judenburg, in Neunkirchen und im Traisental, in Wörgl und Häring...



Die Kanonen, die schweren Haubitzen, haben gesiegt. Die bürgerliche „Ordnung“ ist wieder hergestellt. Hunderte Arbeiter, Frauen, Kinder sind gemordet. Tausende Verwundete winden sich in Schmerzen. Tausende liegen zusammengepfercht in den Gefängnissen. Mit Mord und Blut ist das neue Oesterreich, „christlich, deutsch und ständisch“, begründet.

Die Standgerichte sind an der Arbeit. Als erster kommt der Wiener Arbeiter Münichreiter, ein 43jähriger Mann, Vater dreier Kinder, vor die Blutrichter des neuen „christlichen“ Oesterreich. Er kommt nicht zu Fuß. Im Kampfe schwer verwundet, wird er auf einer Tragbahre in den Gerichtssaal getragen. Das Gericht erkennt, daß eine schwere Verwundung nicht als eine schwere Erkrankung anzusehen sei, die nach dem Gesetz die Vollziehung der Todesstrafe verhindern würde. Die Richter des Herrn Dollfuß lassen den Verwundeten in der Tragbahre zum Galgen tragen.

### **Der Faschismus triumphiert.**

Arbeiterblut fließt in Strömen. Arbeiter sterben in den Kampflinien, in den zerschossenen Häusern, in den Spitälern, am Galgen. Der Faschismus jubelt! Der Faschismus triumphiert!

Die sozialdemokratische Partei, der bei den letzten Wahlen 41 Prozent, mehr als zwei Fünftel, des österreichischen Volkes ihre Stimmen gegeben haben, ist aufgelöst. Fast alle ihre Führer sind verhaftet. Gerade diejenigen, die an dem Kampf keinerlei Anteil hatten, die am Montag wie an anderen Tagen in Gewerkschaftssekretariaten, an ihren Amtsstellen im Wiener Rathaus, in den Landesregierungen, in Bezirks- und Gemeindeamtsstuben saßen, sind durchwegs verhaftet worden; nur diejenigen, die in den Kampflinien und darum für die Polizei nicht erreichbar waren, konnten der Verhaftung entgehen. Allen sozialdemokratischen National- und Bundesräten, Landtagsabgeordneten und Gemeinderäten wurden durch eine Verordnung der Regierung die Mandate entzogen, die das Volk in freier Wahl ihnen gegeben hat. Das Parteihaus und die Arbeiterheime sind besetzt, die Parteipresse ist verboten. Alles, was sich hunderttausende österreichischer Arbeiter seit 45 Jahren aufgebaut haben, ist vernichtet.

Das Eigentum ist heilig. Nämlich das Eigentum der Kapitalisten. Das kollektive Eigentum der organisierten Arbeiter hat rechtlose Gewalt geraubt.

Die stolzeste Burg der österreichischen Sozialdemokratie, das Wiener Rathaus, ist genommen. Es ist vom Militär besetzt; dort, mitten in der Stadt, wo keine Arbeiter wohnen, konnte kein Widerstand geleistet werden. Nur der Bürgermeister Seitz hat ihn persönlich geleitet. Er hat den Bütteln der Faschistenregierung erklärt: „Ich gehe nicht aus meinem Amtszimmer weg! Zwei Drittel des Wiener Volkes haben mich hierher geschickt; niemand hat das Recht, mich von hier zu entfernen. Ich beuge mich keinem Verfassungsbruch.“ Die Büttel des Herrn Dollfuß haben den 66jährigen, kranken Mann, der der erste Präsident der österreichischen Republik gewesen ist, gewaltsam gepackt und, da er nicht



gehen wollte, in das Polizeigefängnis getragen. Herr Schmitz, der Mann der christlichsozialen Partei, der bei den letzten Wahlen nur noch ein Fünftel des Wiener Volkes seine Stimmen gegeben hat, herrscht jetzt unbeschränkt über Wien. Schluß mit dem Unfug, für Proleten schöne und billige Wohnungen zu bauen! Wohnungen sind dazu da, damit sie Hausherrn eine Rente tragen. Schluß mit der Schulreform, mit der Fürsorge! Hinaus mit den sozialdemokratischen Beamten; klerikale Streber warten auf ihre Stellen!

Mit der Partei sind auch die freien Gewerkschaften aufgelöst worden. Die Schutzwehr gegen Ausbeutung und Herrenwillkür in den Betrieben ist zerschlagen. Im Hause des Industriellenverbandes am Schwarzenbergplatz in Wien herrscht heller Jubel. Diese Erweiterung der Möglichkeiten, aus den Muskeln und Nerven der Arbeiter und Angeestellten Profite herauszupressen, ist mit ein paar hundert Proletarierleichen nicht zu teuer bezahlt.

Alle Arbeitervereine werden aufgelöst. Die Sportvereine der Arbeiterjugend, der große Arbeitertouristenverein „Die Naturfreunde“, der zehntausende Arbeiter aus dem Wirtshaus zu edleren Freuden geführt hat, der Arbeiter-Abstinentenbund, der tausende Proletarier vor den Gefahren des Alkoholismus bewahrt und dadurch Menschenwürde und Lebensglück tausender Familien gerettet hat, — alles, alles, was die Arbeiterbewegung an kostbarster Arbeit für die Massenkultur geleistet hat, ist zu Ende. Die pedantische Zerstörungswut des „christlichen“ Regimes hat nicht einmal den Bund religiöser Sozialisten verschont. Die Konsumvereine, die man nicht kurzerhand auflösen konnte, sind, ganz nach Hitlers glorreichem Vorbild „gleichgeschaltet“ worden.

#### **Die Sozialdemokratie und die Gewalt.**

Was ist aus dem einst so ruhigen, einst so „gemütlichen“ Oesterreich geworden?

Als 1918 das alte Habsburgerreich zerfiel, als es der im Gefolge seines Zerfalles entstandenen Republik nichts als einen verlorenen Krieg, ein zertrümmertes Wirtschaftsgebiet, furchtbarste Lebensmittelnot, rasend fortschreitende Geldentwertung als sein Erbe hinterlassen hatte, damals hat sich die große Umwälzung in Oesterreich viel ruhiger vollzogen als in den Nachbarstaaten. Damals ist es der österreichischen Sozialdemokratie gelungen, ohne Gewalt, durch das friedliche Mittel des überzeugenden Wortes die wilde Erregung der aus dem Blut und Dreck der Schützengräben heimkehrenden, in der wiedergefundenen Heimat hungernden Massen zu beschwichtigen und sie friedlicher Aufbauarbeit nutzbar zu machen. In der Zeit, in der Oesterreich zwischen der ungarischen und der bayrischen Rätediktatur lag, blieb es eine Insel des Friedens, während östlich und westlich von Oesterreich Blut in Strömen floß. Und dieselben Männer, die damals, auf dem Höhepunkt ihrer Macht, hungernde Massen zu solcher Selbstbeherrschung, zu so friedlicher Mäßigung bewogen haben, stellt jetzt die Kriegslüge des triumphierenden Faschismus als eine Bande blutrünstiger Verbrecher hin, die nichts anderes im Sinne gehabt hätten, als ihr Land in eine blutige Katastrophe zu stürzen!



Die Faschisten verweisen darauf, daß die österreichischen Arbeiter Gewehre und Maschinengewehre, Munition und Sprengstoffe verborgen gehalten haben. Ist es nicht ein Beweis, daß die Sozialdemokratie den Bürgerkrieg gewollt, zum Bürgerkrieg gerüstet hat? Ja, die österreichischen Arbeiter haben seit der Revolution von 1918 Waffen besessen, — ganz so, wie auch die faschistischen Heimwehren und die monarchistischen „Frontkämpfer“ seit der Umsturzeit von 1918 Waffen besessen haben. Aber haben die Arbeiter jemals vor dem 12. Februar 1934 von diesen Waffen Gebrauch gemacht? Sind diese Waffen nicht fünfzehn Jahre lang selbst in den erregtesten Zeiten, — auch in der Zeit des Umsturzes 1918/1919, auch nach dem blutigen Gemetzel vom 15. Juli 1927! — in ihren Verstecken geblieben?

Die österreichische Sozialdemokratie hat immer, auch in ihrem viel verlästerten Linzer Parteiprogramm vom Jahre 1926 erklärt: In der demokratischen Republik, die jedem Staatsbürger die volle Freiheit der Werbung für seine Ideen zusichert und die Macht im Staate denjenigen überträgt, die die Mehrheit des Volkes für ihre Ideen zu gewinnen vermögen, wollen wir die Macht im Staate mit friedlichen, verfassungsmäßigen Mitteln, mit dem Mittel des Stimmzettels, durch die Gewinnung der Mehrheit des Volkes für unsere Ideen erobern. Nur in einem Falle sind wir bereit und entschlossen, zu gewaltsamen Mitteln zu greifen: Nur dann, wenn Faschisten oder Monarchisten die demokratische Republik stürzen, uns das allgemeine und gleiche Wahlrecht und das Recht der freien Werbung für unsere Ideen rauben, der Arbeiterklasse die Möglichkeit, mit den friedlichen Mitteln der Demokratie um die Neugestaltung der Gesellschaft zu ringen, nehmen wollten. Nur für diesen Fall halten wir Waffen bereit.

Die Sozialdemokratie hat folgerichtig wiederholt erklärt: Wir brauchen keine Waffen, wenn auch Faschisten und Monarchisten keine Waffen haben. Schon im Jahre 1922, als zum ersten Male Arbeiter bei Zusammenstößen mit faschistischen Gruppen gefallen waren, hat Julius Deutsch im Namen der Partei den bürgerlichen Parteien eine beiderseitige Abrüstung unter gegenseitiger Kontrolle vorgeschlagen; erst nachdem die bürgerlichen Parteien diesen Vorschlag höhnisch abgelehnt hatten, wurde der Republikanische Schutzbund gegründet. Im Jahre 1928, als ein Aufmarsch der Heimwehren in Wiener-Neustadt die Gefahr eines schweren Zusammenstoßes mit der Arbeiterschaft heraufbeschwor, hat Karl Renner im Parlament neuerlich die innere Abrüstung vorgeschlagen; Seipel hat sie abgelehnt. Die bürgerlichen Parteien wollten die Heimwehr nicht zwingen, ihre Waffen, die sie gegen die Demokratie führten, aus den Händen zu geben; deshalb mußte auch die Arbeiterschaft ihre Waffen zur Verteidigung der Demokratie behüten und bereit halten.

Die Sozialdemokratie hat die beiderseitige Abrüstung gewollt. Die Heimwehren wollten die Aufrüstung für sich, die Abrüstung ihres Gegners. Sobald Herr Dollfuß dem Herrn Fey, dem Manne der Heimwehren, das Sicherheitsministerium übergeben hatte, hat Herr Fey alles daran gesetzt, die Waffenverstecke des Republikanischen Schutzbundes aus-



zuheben. Gleichzeitig aber hat er verlangt, daß die Heimwehren aus staatlichen Waffenbeständen aufgerüstet werden! Gegen diese Ausrüstung der faschistischen Privatarmee aus den staatlichen Waffenmagazinen hat sich selbst Herr Vaugoin, solange er Heeresminister war, zur Wehr gesetzt. Eben deshalb hat Dollfuß im September 1933 den Herrn Vaugoin aus seiner Regierung entfernt und selbst das Landesverteidigungsministerium übernommen; seitdem dies geschehen ist, sind den Heimwehren aus den staatlichen Waffenbeständen 16.000 Gewehre übergeben worden. Welche Heuchelei, sich darüber zu entrüsten, daß der Republikanische Schutzbund Waffen zur Verteidigung der Verfassung der Republik bereit gehalten hat, während eine eidbrüchige Regierung die Todfeinde der Verfassung, die sie beschworen hat, bewaffnete!

Aber wie ist es dazu gekommen, daß die Arbeiter die Waffen, die sie fünfzehn Jahre lang unbenützt verborgen gehalten hatten, schließlich doch gebrauchen mußten?

### **Die Diktatur Dollfuß.**

Seit dem Jahre 1920 ist die österreichische Republik von rein bürgerlichen Regierungen regiert worden. Da aber bei jeder Wahl zwei Fünftel des österreichischen Volkes der Sozialdemokratie ihre Stimmen gaben, konnte die Bourgeoisie die Republik nur regieren, solange alle bürgerlichen Parteien zu einer Regierungskoalition gegen die Sozialdemokratie vereinigt waren. Ein Jahrzehnt lang stützten sich alle Regierungen auf den „Bürgerblock“, auf eine Koalition der drei bürgerlichen Parteien: der Christlichsozialen, der Großdeutschen und der Landbündler.

Dieses Regierungssystem ist durch den Aufstieg des Nationalfaschismus in Deutschland erschüttert worden. Am 14. September 1930 erkämpfte Hitler in Deutschland seinen ersten großen Wahlsieg. Die deutsche und die österreichische Regierung glaubten, die nationalistische Welle eindämmen zu können, wenn sie selbst den Kampf für eine nationale Sache aufnehmen; Curtius, der deutsche, und Schober, der österreichische Außenminister, überraschten die Welt eines Tages mit der Erklärung, daß Deutschland und Oesterreich eine Zollunion mit einander begründen wollten. Der verhängnisvolle Versuch scheiterte an dem Einspruch der Großmächte. Deutschland und Oesterreich mußten vor diesem Einspruch kapitulieren. Schober mußte unter französischem Druck aus seinem Amte scheidern. Die Großdeutschen, über diese Demütigung erbittert, schiedern aus dem Bürgerblock; die bürgerliche Regierung hatte im Parlament keine Mehrheit mehr.

Eine neue Regierungsmehrheit mußte gebildet werden. Zwei Möglichkeiten waren offen. Die Christlichsozialen und Landbündler hätten eine Koalition mit der Sozialdemokratie eingehen können: so wäre eine überaus große Parlamentsmehrheit formiert worden. Die Christlichsozialen und die Landbündler konnten aber auch statt der Sozialdemokratie die acht Abgeordneten der Heimwehren, die bei den Wahlen von 1930 gewählt worden waren, in die Regierungsmehrheit aufnehmen und sich damit eine, freilich nur ganz knappe Mehrheit im Parlament sichern.



Nach einigem Zögern hat Dollfuß die Koalition mit der Heimwehr vorgezogen. Er hat dem Heimwehrvertreter Fey das Sicherheitsministerium ausgeliefert und um diesen Preis sechs von den acht Heimwehrstimmen im Parlament gewonnen. Damit hatte die Regierung aber nur eine Mehrheit von einer Stimme. Der bloße Zufall, ob ein Abgeordneter am Erscheinen verhindert war, entschied über die Abstimmungen im Parlament. So geriet der österreichische Parlamentarismus in eine schwere Krise.

Zugleich aber war der Einfluß des Faschismus dadurch gestärkt, daß die Verfügung über die Polizei und die Gendarmerie in seine Hände gekommen war.

Die Krise des österreichischen Parlamentarismus und das Erstarken des österreichischen Faschismus hatten also ihre Ursache darin, daß einerseits die nationalistische Flut, die sich aus Deutschland auch nach Oesterreich ergoß, zum Ausscheiden der Großdeutschen aus dem Bürgerblock und damit zur Sprengung der bisherigen Parlamentsmehrheit geführt hatte, daß andererseits die christlichsoziale Partei mit einer regierungsunfähigen Einstimmenmehrheit das Parlament zu führen versuchte, um nur nicht mit der Sozialdemokratie die Macht teilen, der Arbeiterklasse Einfluß auf den Staat gewähren zu müssen.

Auf die Dauer war es natürlich unmöglich, mit einer Einstimmenmehrheit zu regieren. Die Christlichsozialen sahen aber, daß sie selbst diese Einstimmenmehrheit sehr bald verlieren würden. Schon die Landtags- und Gemeindewahlen von 1932 hatten gezeigt, daß die Christlichsozialen einen großen Teil ihrer Wählerschaft an die Nationalsozialisten verloren. Nach dem gewaltigen Wahlsieg Hitlers am 5. März 1933 schwoll die nationalsozialistische Flut auch in Oesterreich noch stärker an.

Die Christlichsozialen bekannten sich zur parlamentarischen Demokratie, solange sie mittels des Bürgerblocks die Republik parlamentarisch zu beherrschen vermochten. Nunmehr wurde es immer klarer, daß sie auf der Grundlage der parlamentarischen Demokratie die Macht entweder mit der Sozialdemokratie oder mit den Nationalsozialisten teilen müssen. Der Koalition mit der Sozialdemokratie standen die Klasseninteressen entgegen, die sie vertreten. Vor der Koalition mit den Nationalsozialisten schreckte sie die Angst, von diesem Verbündeten ebenso aufgefressen zu werden, wie es den Deutschnationalen in Deutschland ergangen ist. Die Christlichsozialen sahen, daß sie ihre Macht über den Staat in den Formen der parlamentarischen Demokratie nicht mehr würden festhalten können. So entschlossen sie sich, ihre Macht mit anderen Mitteln festzuhalten. Sie wendeten sich gegen die parlamentarische Demokratie. Dollfuß näherte sich dem Faschismus.

Unter dem unmittelbaren Eindruck des Wahlsieges Hitlers am 5. März 1933 entschloß sich Dollfuß zu einem Staatsstreich. Ein parlamentarischer Zwischenfall, der unter anderen Umständen binnen vierundzwanzig Stunden beigelegt gewesen wäre, wurde zum Vorwand genommen, das Parlament vollständig auszuschalten. Dollfuß richtete einen Regierungsabsolutismus auf. Ein Ermächtigungsgesetz aus dem Jahre 1917, das die Regierungen der Kriegszeit dazu ermächtigt hatte, durch



Verordnungen die zur Führung des Krieges erforderlichen wirtschaftlichen Maßnahmen zu treffen, wurde so ausgelegt, daß die Regierung auch jetzt noch mit Berufung auf dieses Gesetz ohne Befragung des Parlaments dekretieren könne, was immer ihr beliebt. Damit der Verfassungsgerichtshof die auf diese Weise erlassenen Regierungsdekrete nicht aufheben könne, wurde er auseinandergejagt. So wurde die Verfassung der Republik umgestürzt, eine schrankenlose Diktatur der Regierung Dollfuß-Fey aufgerichtet.

Die Diktatur eröffnete sofort den Kampf an zwei Fronten: gegen die Nationalsozialisten und gegen die Sozialdemokratie. Dollfuß hat die nationalsozialistische Partei aufgelöst, ihre Führer in Konzentrationslager geschickt, ihre Presse unterdrückt. Dollfuß begann aber gleichzeitig auch den Kampf gegen die Sozialdemokratie; er hielt den Augenblick, in dem die große deutsche Sozialdemokratie den Schlägen des deutschen Nationalfaschismus erlegen war, für die günstigste Konjunktur, auch in Oesterreich die Sozialdemokratie zu vernichten.

Die Diktatur hat zunächst die Freiheitsrechte, die die Verfassung dem österreichischen Volke verbürgt hat, vernichtet. Die Pressefreiheit wurde aufgehoben; jedes oppositionelle Wort in der Presse unmöglich gemacht. Das Versammlungsrecht bestand nur noch für die Regierungsparteien. Die Rechtsprechung über politische Delikte wurde der Polizei übertragen; ohne jedes gerichtliche Verfahren wurden Sozialdemokraten ebenso wie Nationalsozialisten wegen eines Rufes, wegen eines oppositionellen Wortes, wegen eines Flugblattes von der Polizei zu Freiheitsstrafen bis zur Dauer von sechs Monaten verurteilt. Die Schwurgerichte wurden unwirksam gemacht; gegen jeden Freispruch der Geschworenen kann der Staatsanwalt an eine obere Instanz, die nur mit Berufsrichtern besetzt ist, appellieren.

Zugleich ging die Diktatur Dollfuß gegen die sozialen Rechte der Arbeiter und Angestellten los. Von Gewerkschaften und Unternehmern rechtsgültig abgeschlossene Kollektivverträge wurden durch Regierungsverordnungen aufgehoben und von der Regierung die Herabsetzung der Arbeitslöhne angeordnet. Die Arbeitslosenunterstützung wurde wesentlich herabgesetzt, für ganze Kategorien von Arbeitslosen ganz aufgehoben. Wichtige Arbeiterschutzgesetze wurden empfindlich verschlechtert. Für viele Industrien wurde ein Streikverbot erlassen, jeder Streik mit Freiheitsstrafen bedroht. Die von Arbeitern und Angestellten gewählten Arbeiterkammern und die von den Arbeitern der Staatsbetriebe gewählten Betriebsräte wurden aufgelöst und durch Vertretungen aus dem Lager der Regierungsparteien, die die Regierung ernannte, ersetzt.

Gegen die von Sozialdemokraten verwaltete Gemeinde Wien begann die Regierung einen finanziellen Vernichtungsfeldzug. Durch Regierungsverordnungen wurde der Gemeinde mehr als ein Drittel ihrer Einnahmen entzogen, die Gemeinde damit dem finanziellen Bankrott nahe gebracht, ihr die Fortführung ihres wirtschaftlichen und sozialen Aufbauwerkes unmöglich gemacht.

Schamloser Gesinnungszwang wurde geübt. Eisenbahner und Bundesangestellte wurden durch die Drohung mit der Entlassung gezwungen,



der von den Christlichsozialen und den Heimwehren gebildeten „Vaterländischen Front“ beizutreten. Die Regierung verfügte, daß bei den staatlichen Arbeiten und Bauten, aber auch bei Arbeiten in der Privatindustrie, soweit diese Bestellungen des Staates ausführt, nur solche Arbeiter beschäftigt werden dürfen, die von den Arbeitsnachweisen der Heimwehren oder der christlichsozialen Gewerkschaften zugewiesen werden. Dadurch übte man auf die Arbeitslosen eine zynische Erpressung, in die Organisationen der Regierungsparteien einzutreten, aus.

Die Heimwehr wurde förmlich zu einer Staatseinrichtung gemacht. Sie wurde als Hilfspolizei und Hilfsgendarmerie vom Staate besoldet und unter den besonderen Schutz der Gesetze gestellt, behielt aber trotzdem volle Freiheit der Fortführung ihres faschistischen Kampfes gegen die dem Namen nach immer noch geltende demokratische Verfassung.

Jeden Freitag war Ministerrat. An jedem Samstag konnte man in den Zeitungen lesen, daß die Regierung abermals eine Reihe von „Notverordnungen“ dekretiert hatte, durch die Freiheitsrechte, die die Verfassung dem österreichischen Volke verbürgte, aufgehoben, soziale Errungenschaften, um die die Arbeiterschaft jahrzehntelang gekämpft hatte, demoliert, die Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden geschmälert wurden.

Je länger dieser Zustand dauerte, desto mehr wurde er zu einem Zustande der völligen Rechts- und Gesetzlosigkeit, des täglichen Bruchs der Verfassung. Der Heimwehr-Vizekanzler Fey verkündete öffentlich: „Auf die Paragraphen kommt es jetzt nicht an.“ Unter dem Beifall der christlichsozialen und der jüdischen Bourgeois-Presse wurde jeder noch so zynische Verfassungs- und Gesetzesbruch damit begründet, daß er zur Verteidigung Oesterreichs gegen die Nationalsozialisten unentbehrlich sei; aber jedes Machtmittel, das sich die Regierung verfassungsbrechend selbst bewilligte, wurde sofort auch gegen die Sozialdemokratie gebraucht. Nicht einmal die Unabhängigkeit der Gerichte wurde mehr geachtet; Richter wurden wegen Amtshandlungen, die sie vorgenommen hatten, in Konzentrationslager geschickt.

Ein einziges Beispiel mag das System der Rechts- und Gesetzlosigkeit illustrieren, das sich unter dem Absolutismus der Herren Dollfuß und Fey entwickelt hat. Am 28. Januar gerieten zwei Funktionäre des Landbundes in Ebenstein in Kärnten nachts auf der Straße in Konflikt mit fünf Heimwehrleuten. Die Heimwehrmänner gaben Schüsse auf ihre politischen Gegner ab. Sie wurden kurze Zeit später von Gendarmen verhaftet und dem Bezirksrichter Dr. Hradetzky vorgeführt. Der Richter verhängte über zwei von ihnen die Untersuchungshaft. In der Nacht vom 30. Januar erschienen in dem Bezirksgericht Gendarmen aus St. Veit a. d. Glan mit dem Befehl des Vizekanzlers Fey, die Heimwehrleute, die in Untersuchungshaft saßen, sofort zu enthaften und den Bezirksrichter Dr. Hradetzky, weil er über Heimwehrleute die Untersuchungshaft zu verhängen gewagt hatte, sofort in ein Konzentrationslager abzuführen. Und so ist es geschehen...

Die kläglichste Rolle hat in dieser ganzen Aera des Verfassungsbruches der Bundespräsident Miklas gespielt. Er hatte nach seiner



Wahl zum Präsidenten der Republik vor der Bundesversammlung einen feierlichen religiösen Eid auf die Verfassung abgelegt. Elf Monate lang hat er jedem Besucher, auch vielen Sozialdemokraten, mit bewegter Stimme geklagt, wie sehr er, der fromme Christ, sich in seinem Gewissen beschwert fühle, weil er trotzdem die verfassungswidrige Diktatur dulden müsse. Er hat sie nicht dulden müssen; es war sein Recht und es lag in seiner Macht, die eidbrüchigen Verfassungsbrecher von der Regierungsbank davonzujagen und die Verfassung, die er beschworen hatte, wieder herzustellen. Er hat es nicht getan, — so lange nicht, bis die blutige Katastrophe gekommen ist, mit der die Aera der Verfassungs- und Gesetzlosigkeit enden mußte.

### **Die Taktik gegenüber der Diktatur.**

Die Sozialdemokratie vertrat nach den Ergebnissen der letzten Wahlen 90 Prozent der Arbeiterschaft, zwei Drittel des Volkes von Wien, die überwiegende Mehrheit der städtischen und industriellen Bevölkerung Oesterreichs überhaupt, 41 Prozent des ganzen österreichischen Volkes. Und diese gewaltige Partei mit ihren 600.000 Mitgliedern und anderthalb Millionen Wählern war seit dem 7. März 1933, seit der Etablierung der Regierungsdiktatur mit einem Male völlig ohnmächtig geworden. Das Parlament existierte nicht mehr. Die Drosselung der Preß- und Versammlungsfreiheit machte es unmöglich, gegen die rechtswidrigen Maßnahmen der Regierung auch nur zu protestieren. Es gab kein gesetzliches Mittel des Widerstandes gegen die gesetzlose Diktatur mehr.

Die Verordnungen der Diktatur trafen die Arbeiterschaft überaus schwer. Nehmen wir ein Beispiel! Gleich am Anfang der Diktaturperiode wurde der Kollektivvertrag der Bauarbeiter durch Regierungsverordnung aufgehoben und eine empfindliche Herabsetzung der Bauarbeiterlöhne von der Regierung verfügt. Kurze Zeit später wurde durch Verordnung die Arbeitslosenunterstützung der arbeitslosen Bauarbeiter empfindlich herabgesetzt, einem großen Teil der Bauarbeiter überhaupt entzogen. Zugleich wurde durch die finanziellen Kampfmaßregeln gegen die Gemeinde Wien der Gemeinde die Fortführung ihrer großen Bautätigkeit unmöglich gemacht; da es eine private Bautätigkeit in Oesterreich nicht gibt, sahen die Wiener Bauarbeiter, daß sie in der nächsten Bausaison keine Arbeit mehr haben werden. Zugleich wurde die Durchführung der Fluß- und Straßenbauten außerhalb Wiens dem nach reichsdeutschem Vorbild eingerichteten „freiwilligen Arbeitsdienst“ übertragen, also auch die Hoffnung, bei diesen Arbeiten Beschäftigung zu finden, den Bauarbeitern genommen. Nicht weniger schwer als die Bauarbeiter wurden andere Berufsgruppen getroffen. So die Bergarbeiter, für die durch Verordnung statt der vierzehntägigen die monatliche Lohnzahlung dekretiert wurde, was den Arbeitern die Kontrolle der Gedinge überaus erschwerte, dem Unternehmertum die Gelegenheit zu empfindlicher Senkung der Gedinge gab, und deren Kranken- und Unfallversicherung wesentlich verschlechtert wurde. So die Eisenbahner, denen durch die Verordnungen der Regierung die Löhne empfindlich gekürzt, jedes Mitspracherecht durch ihre Personalvertretung geraubt wurde, und die



überdies noch dem infamen Gesinnungszwang unterworfen wurden, bei Strafe der Entlassung der „Vaterländischen Front“ der Regierungsparteien beitreten zu müssen. So insbesondere die Arbeitslosen; die Arbeitslosenunterstützung wurde durch die Verordnungen der Regierung wesentlich gekürzt, Zehntausenden entzogen.

Die Arbeiter forderten von ihrer Partei Hilfe und Schutz. Sie konnten nicht begreifen, daß die Partei, gestern noch so mächtig, mit einem Male wehrlos geworden war. Sie forderten Kampf gegen die Diktatur.

Aber mit welchen Mitteln, in welcher Weise sollte dieser Kampf geführt werden, da es gesetzliche Abwehrmittel nicht mehr gab?

Die österreichischen Arbeiter hatten es, ebenso wie die Arbeiter der ganzen Welt, als beschämend empfunden, daß in Deutschland sowohl die mächtige Sozialdemokratie als auch die große kommunistische Partei kampflös dem Faschismus erliegen waren. Sie hatten es an eigenen Leibe erfahren, wie sehr dieses kampflöse Erliegen der deutschen Arbeiterklasse die Reaktion in den anderen Ländern ermutigt hat. Sie schworen: „Es darf uns nicht so ergehen, wie es in Deutschland gegangen ist.“ Sie fühlten: „Die Freiheit ist verloren, wenn es nicht Männer gibt, die die Freiheit mit Einsatz ihres Lebens zu verteidigen bereit sind.“ Sie dachten: „Eine Bande gewalttätiger Männer, hinter der nur eine kleine Minderheit des Volkes steht, führt den Kampf gegen die Sozialdemokratie und gegen die Nationalsozialisten zugleich, das heißt: gegen mindestens 70 Prozent des ganzen Volkes. Sie hat eidbrüchig die Verfassung aufgehoben, sie tritt täglich die Rechte, die die Verfassung dem Volke und jedem einzelnen Staatsbürger zusichert, mit Füßen. Wir haben als Staatsbürger das Recht, diese Bande von Rechtsbrechern davonzujagen und im Kampfe die Wiederherstellung der demokratischen Verfassung zu erzwingen.“ Immer breitere Schichten der Arbeiterschaft drängten nach der Revolution gegen die Diktatur.

Die Partei war sich der Gefahren einer revolutionären Erhebung vollkommen bewußt. Wir wußten, wie schwer ein Generalstreik gelingen kann in einer Zeit, in der mehr als ein Drittel der ganzen Arbeiterschaft arbeitslos ist, in der viele Arbeitslose, seit drei, vier, fünf Jahren arbeitslos, durch die furchtbarste Not zermürbt und demoralisiert sind, in der jeder Arbeiter, der noch Arbeit hat, um seine Arbeitsstelle zittert. Wir wußten, daß die Diktatur jeden Streik gewaltsam zu brechen versuchen werde, daß daher jeder Generalstreik binnen wenigen Stunden in einen bewaffneten Kampf umschlagen müsse. Wir wußten, daß in einem solchen bewaffneten Kampf der Gegner die furchtbare Ueberlegenheit der modernen Kriegstechnik haben werde. Wir haben darum alles, was nur irgend möglich war, getan, um der gewaltsamen Entscheidung auszuweichen.

In den ersten Wochen nach dem Staatsstreich vom 7. März 1933 hatten einige von uns noch die Möglichkeit, mit Dollfuß zu sprechen. Sie boten ihm Verhandlungen über eine Verständigung an; über eine Reform der Verfassung und der Geschäftsordnung des Parlaments. Dollfuß versprach, solche Verhandlungen Ende März 1933 zu beginnen. Er hat sie nicht nur nicht begonnen, er hat in der Folge jede Besprechung mit



Sozialdemokraten abgelehnt. Als er erklärte, mit den bisherigen Führern der Partei nicht verhandeln zu wollen, bot man ihm andere, ihm genehmere Unterhändler an; Dollfuß hat auch sie nicht empfangen.

Wir suchten daher auf anderen Wegen zu Verhandlungen über eine friedliche und verfassungsmäßige Lösung des Konflikts zu kommen. Wir traten wiederholt an den Bundespräsidenten heran. Unsere Genossen außerhalb Wiens, die mit Christlichsozialen und Landbündlern zusammen in den Landesregierungen saßen, nützten ihre persönlichen Beziehungen zu den christlichsozialen Landeshauptleuten aus, um zu Besprechungen mit der christlichsozialen Partei zu gelangen. Sie fanden manchen friedensbereiten Mann im bürgerlichen Lager; aber alle Bemühungen scheiterten an der starren Ablehnung Dollfuß'.

Wir ließen nichts unversucht, um den bürgerlichen Politikern, zu denen einige von uns noch Beziehungen hatten, die Gefahren des Zweifronten-Krieges gegen die Sozialdemokratie und gegen die Nationalsozialisten zugleich, den Dollfuß führte, verständlich zu machen. Da die Diktatur die Arbeiter immer mehr erbitterte, wuchs die Gefahr, daß junge, ungeschulte Arbeiter die Nationalsozialisten, die ebenso wie wir von der Diktatur Dollfuß verfolgt wurden und ebenso wie wir in Opposition gegen sie standen, als Bundesgenossen anzusehen begannen. Wenn die Behörden Sozialdemokraten und Nationalsozialisten zugleich verhafteten und ohne gerichtliches Verfahren in die Gefängnisse sperrten, — mußte dann nicht die Gefahr entstehen, daß sich in den Gefängnissen förmliche Koalitionen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten bilden? Wir hatten schon um die Jahreswende die Erfahrung gemacht, daß einzelne Betriebe die Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter, die gegen die Nationalsozialisten gerichtet waren, mit der Begründung ablehnten, daß jetzt in Oesterreich nicht Hitler, sondern nur Dollfuß zu bekämpfen sei. Wir haben bürgerliche Politiker und durch sie auch den Bundeskanzler auf alle diese beunruhigenden Symptome aufmerksam gemacht. Wir haben sie beschworen, dem erbitterten Kampf gegen die Sozialdemokratie ein Ende zu machen, um es uns zu ermöglichen, uns mit unserer ganzen Kraft gegen die Nationalsozialisten zu wenden. Aber allen diesen Beschwörungen und Warnungen setzte Dollfuß in der hochmütigsten und beleidigendsten Weise ein starres Nein entgegen.

Wir haben immer wieder jede Gelegenheit ausgenützt, um bürgerliche Politiker und durch sie die Regierung vor dem Anschwellen revolutionärer Stimmungen in der Arbeiterschaft, vor der wachsenden Gefahr, daß ein Zwischenfall auch gegen den Willen der Partei zu einem gewaltsamen Ausbruch des angehäuften Zorns gegen die Diktatur führen könne, zu warnen. Dollfuß lehnte alle diese Warnungen immer wieder mit der hochmütigen Antwort ab: „Es ist keine Gefahr! Für diese Führer werden sich die Arbeiter nicht mehr schlagen!“

Wir boten immer weiter gehende Zugeständnisse an, um eine friedliche Lösung zu ermöglichen. Wir ließen Dollfuß wissen, daß wir bereit wären, der Regierung auf verfassungsmäßige Weise außerordentliche Vollmachten für zwei Jahre zu bewilligen, wenn diese Vollmachten nur



unter der Mitwirkung eines engeren Ausschusses des Parlaments und unter Kontrolle des Verfassungsgerichtshofes gehandhabt würden, und daß wir dafür für die Partei nichts als Bewegungsfreiheit, als die Wiederherstellung des gesetzlichen Versammlungsrechtes und der Preßfreiheit innerhalb der gesetzlichen Schranken verlangten. Wir erklärten uns bereit, selbst dem Gedanken der „berufsständischen“ Organisation der Gesellschaft und des Staates Zugeständnisse zu machen, um nur eine Verständigung zu ermöglichen. Es war alles umsonst; Dollfuß lehnte jede Verhandlung ab.

Der Bund der religiösen Sozialisten und einige nicht zur Partei gehörige katholische Demokraten haben die Vermittlung der Kirche angerufen. Der Wiener Kardinal Innitzer antwortete mit unverbindlichen freundlichen Worten. Aber der päpstliche Nuntius in Wien und die katholischen Bischöfe Gföllner und Waitz drängten die Regierung weiter auf der Bahn zum Faschismus hin. Jetzt sei der richtige Augenblick, die gottlose Sozialdemokratie abzutun und aus Oesterreich einen katholischen autoritären Staat, ein Zentrum der katholischen Restauration in Mitteleuropa, zu machen.

Wir haben unsere Bemühungen um eine friedliche Entwirrung bis zur allerletzten Stunde fortgesetzt. Noch am Montag, dem 12. Februar, vormittags, konferierten niederösterreichische Sozialdemokraten mit christlichsozialen Politikern über die Möglichkeit, in letzter Stunde die Katastrophe zu vermeiden. Wenige Stunden später waren diese Sozialdemokraten verhaftet.

Aber so sehr wir uns bis zur letzten Stunde um den Frieden bemüht haben, so sehr mußten wir doch auch mit der Möglichkeit rechnen, daß uns der letzte Entscheidungskampf nicht erspart bleiben werde. Denn das allerdings war seit jenem 7. März unser Entschluß, unser Wille: Kampilos, ohne einen mannhaften Versuch des Widerstandes werden wir die demokratische Verfassung, die wir mitgeschaffen und fünfzehn Jahre lang verteidigt haben, nicht gewaltsam vernichten lassen, die Arbeiterklasse nicht der faschistischen Diktatur preisgeben, die Partei, das große Werk dreier Arbeitergenerationen, nicht zerstören lassen.

Wir wußten, daß der ungleiche Kampf gegen die furchtbaren Gewaltmittel des Staates nur gewonnen werden könnte, wenn sich wirklich bis in den letzten Industrieort hinein die ganze Arbeiterklasse erhöhe. Deshalb wollten wir das Zeichen zum Kampf nur dann geben, wenn die Diktatur Taten setzte, die den Volkszorn, die Volksleidenschaften auf das äußerste zu steigern geeignet waren. Im Herbst hat ein außerordentlicher Parteitag beschlossen, daß das Zeichen zum Generalstreik in folgenden vier Fällen zu geben sei:

1. wenn die Regierung rechts- und verfassungswidrig eine faschistische Verfassung oktroyierte;
2. wenn die Regierung die verfassungsmäßige Gemeinde- und Landesverwaltung des roten Wien rechts- und verfassungswidrig absetzte und die Verwaltung Wiens einem Regierungskommissär übertrüge;
3. wenn die Regierung die Partei auflöste;



4. wenn die Gewerkschaften aufgelöst oder „gleichgeschaltet“ würden.

In jedem dieser vier Fälle solle die Arbeiterschaft mit dem Generalstreik einsetzen.

Dieser Beschluß des Parteitages wurde den Massen vermittelt und verbreitet. Die „vier Punkte“ fanden anfangs ihre Zustimmung. Aber je länger die Diktatur dauerte, je härter ihre Verordnungen die Arbeiterschaft trafen, je mehr die Arbeiterschaft sah, daß der Staatsapparat in der Zwischenzeit seine militärischen Machtmittel verstärkte und zugleich die Kampfkraft der Arbeiterschaft zu zermürben suchte, desto mehr mehrten sich in den Betrieben und in den Parteisektionen die Stimmen der Ungeduldigen, der Kampflostigen, der Vorwärtsstürmenden: „Warten wir nicht länger! Wir werden nicht mehr kampffähig sein, wenn einer der vier Fälle eintreten wird! Schlagen wir los, solange wir noch kampffähig sind! Sonst wird es uns so gehen wie den Genossen in Deutschland!“

Von Monat zu Monat erstarkte innerhalb der Partei die oppositionelle Strömung gegen die Politik des Parteivorstandes: gegen die Versuche, zu Verhandlungen mit dem Gegner zu gelangen, und gegen das Abwarten auf einen der „vier Punkte“. Trotzdem hielt der Parteivorstand an seiner Taktik fest. Er war und blieb entschlossen, den äußersten Kampf nur zu wagen, wenn eine Tat des Gegners ihn ganz unabwendbar und unvermeidlich machte.

#### **Zwischen Hitler und Mussolini.**

Die österreichische Arbeiterschaft stand nicht nur im Kampfe gegen die Diktatur Dollfuß-Fey. Der Kampf der Arbeiterschaft des kleinen Landes war in Wirklichkeit ein verzweifelter Ringen gegen zwei Großmächte: gegen das Dritte Reich Hitlers und gegen das faschistische Italien Mussolinis. Das Eingreifen der beiden faschistischen Großmächte hat den Verlauf der Ereignisse in Oesterreich entscheidend bestimmt.

Hitler will Oesterreich „gleichschalten“. Er hat mit der „Tausendmark-Sperre“ die österreichische Volkswirtschaft schwer getroffen: die auf den Fremdenverkehr angewiesenen Gebiete Tirols, Salzburgs, Kärntens gehen wirtschaftlich zugrunde, seitdem die reichsdeutschen Gäste ausbleiben, weil jeder Deutsche, der nach Oesterreich fährt, eine Gebühr von tausend Mark zahlen muß. Die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich wird von Deutschland aus mit großen Geldmitteln unterstützt: Jeder österreichische Nazi, der auf der Straße einen Böller wirft, bekommt dafür 20 Schilling, und wenn er verhaftet wird, für jeden Hafttag sechs Schilling — doppelt soviel, als in Oesterreich der höchste Satz der Arbeitslosen-Unterstützung beträgt. Die aus Oesterreich flüchtenden Nazi wurden in Deutschland zu einer „österreichischen Legion“ zusammengefaßt und militärisch ausgebildet. Im Sommer 1933 fürchtete Dollfuß den Einmarsch der Legion.

Dollfuß suchte bei Mussolini Schutz. Italien will Deutschland nicht zum Nachbarn haben. Es will darum die „Gleichschaltung“ Oesterreichs verhindern. Im Sommer fuhr Dollfuß zu Mussolini nach Riccione und



sicherte sich dort Italiens diplomatische und erforderlichenfalls selbst militärische Unterstützung gegen Deutschland.

Italien will keine Herrschaft der Nazi in Oesterreich. Aber es will hier einen italienisch orientierten Faschismus.

Im Jänner 1933 rollten aus Italien große Mengen Waffen und Munition, Kriegsgerät für ein ganzes Armeekorps, nach der österreichischen Munitionsfabrik in Hirtenberg, um von dort nach Ungarn gebracht zu werden. Die österreichische Sozialdemokratie deckte diese große Waffenschiebung auf. Die Westmächte verlangten mit starkem Nachdruck, daß die Waffen nach Italien zurückgeschickt werden. Sie sind in Wirklichkeit nie zurückgeschickt, sondern zum Teil in den österreichischen Heeresmagazinen aufbewahrt, zum Teil an die Heimwehr verteilt worden. Aber Italien hat diese Erfahrung nicht vergessen. Seitdem die österreichische Sozialdemokratie den Waffentransport von Italien nach Ungarn aufgedeckt und verhindert hat, ist es Italiens Wille: Die österreichische Sozialdemokratie muß vernichtet, Oesterreich muß faschistisch werden, damit Oesterreich in das italienisch-ungarische Bündnis eingegliedert werde, damit der Weg von Rom nach Budapest für alle Waffentransporte frei sei, damit sich das italienische Bündnissystem lückenlos zwischen die Tschechoslowakei und Jugoslawien einschiebe.

Mussolini hat Dollfuß in Riccione diplomatische und militärische Unterstützung gegen Hitler zugesagt. Er hat dafür Dollfuß' Versprechen, die österreichische Sozialdemokratie zu vernichten, eingetauscht.

Seit der Begegnung von Riccione regiert Italien in Wien. Als während der Regierungskrise im September 1933 Dollfuß einen Augenblick daran dachte, mit den Landbündlern auch die Heimwehrminister aus der Regierung zu entfernen, erschien der italienische Gesandte Preziosi am Ballhausplatz, um dagegen Einspruch zu erheben. Sie sind daher in der Regierung geblieben. Denn nicht der Bundespräsident, sondern der italienische Resident entscheidet, wer in Oesterreich Minister zu sein hat. Und Italien hat ein Interesse daran, daß die vom italienischen Faschismus finanzierten und bewaffneten Heimwehren, die getreuesten Agenten des italienischen Faschismus in Oesterreich, in der Regierung bleiben. Dollfuß kämpft gegen die Nazi im Namen der Unabhängigkeit Oesterreichs; in Wirklichkeit hat er Oesterreich zu einer Kolonie Italiens gemacht.

Freilich, gegen Ende des Jahres 1933 unternahm Dollfuß einen Versuch, sich hinter Italiens Rücken mit Deutschland zu verständigen. Unter dem Druck der Fremdenverkehrsinteressenten in den westlichen Bundesländern bot er Hitler Verhandlungen über eine Verständigung der österreichischen Regierung mit den Nationalsozialisten an. Hitler ernannte zu seinem Bevollmächtigten den Herrn Habicht, den Organisator des illegalen Kampfes der österreichischen Nazi gegen Dollfuß. Dollfuß nahm diese Demütigung hin und lud Habicht nach Wien ein. Am 8. Jänner sollten die Verhandlungen in Wien stattfinden. Habicht flog in einem deutschen Flugzeug nach Wien. Oberhalb Melks, wenige Kilometer von Wien, wurde er funkentelegraphisch verständigt, daß er zurückkehren solle. Fey hatte gegen die Verhandlungen Einspruch erhoben. Denn Fey



ist ein schwarzgelber Monarchist; er will die Restauration der Habsburger, nicht die Verständigung mit den Nazi. Fey erzwang eine vollständige Wendung: An demselben Tage, an dem Dollfuß hatte mit Habicht verhandeln sollen, erließ die Regierung ein Kampfmanifest gegen die Nazi!

Hatte Dollfuß hinter dem Rücken der Heimwehr Verhandlungen mit den Nazi eingeleitet, so hatten die Heimwehren hinter dem Rücken Dollfuß' dasselbe getan. Jeder der beiden Bundesgenossen wollte den anderen hintergehen. Fey, der auch von den Verhandlungen seiner Heimwehrkameraden mit den Nazi erfuhr, durchkreuzte diese Absicht, indem er den Heimwehrführer Grafen Alberti in der Gesellschaft des Nazi-Führers Frauenfeld und des von Hitler entsandten Prinzen Waldeck-Pyrmont verhaften ließ. Als der Graf Alberti auszuplaudern begann, daß er die Verhandlungen mit Wissen Starhembergs, des obersten Führers der Heimwehren, eingeleitet hatte, wurde er in ein Konzentrationslager gebracht.

Dollfuß' internationale Stellung war jetzt sehr erschüttert. Europa hatte erfahren, daß er, der tapfere Kämpfer für die Unabhängigkeit Oesterreichs, bereit gewesen war, vor Berlin zu kapitulieren. Europa wußte nunmehr, welche verlässliche Kämpfer gegen den Nationalsozialismus die Heimwehren sind. Die Stellung Feys, der die Verhandlungen mit den Nazi durchkreuzt hatte, war überaus gestärkt.

In wenigen Tagen sollte Herr Suvich, der italienische Unterstaatssekretär des Aeußern, Wien besuchen. Dollfuß war unsicher, wie seine italienischen Herren ihn jetzt behandeln werden. Dollfuß fürchtete, daß Italien es nunmehr vorziehen könnte, sich selbst mit Hitler über die Zukunft Oesterreichs zu verständigen.

In dieser Lage hielt Dollfuß am 18. Jänner eine Rede, in der er die Arbeiterschaft und die „ehrlichen Arbeiterführer“ zu „innerer Bereitschaft“ aufforderte, an dem Aufbau eines neuen Oesterreich und an der Verteidigung der Unabhängigkeit Oesterreichs mitzuwirken. Die Rede hatte nicht nur den Zweck, die Opposition innerhalb der christlichsozialen Partei, die eine Verständigung mit der Sozialdemokratie wünschte, mit ein paar unverbindlichen Redensarten zu beschwichtigen. Die Rede sollte vielmehr auch auf den Herrn Suvich wirken. Sie sollte ihm andeuten: Wenn Italien nicht mehr bereit wäre, Dollfuß bedingungslos zu unterstützen, so könnte er auch anders; er könnte sich mit den Sozialdemokraten verständigen, um von den Heimwehren unabhängig zu werden, und sich dadurch die Möglichkeit schaffen, von Italien abzurücken und Schutz gegen Deutschland bei Frankreich und der Kleinen Entente zu suchen.

An dem Tage, an dem diese Rede veröffentlicht wurde, kam Suvich nach Wien. Wenige Tage später war es klar, daß sich Suvich und Dollfuß verständigt hatten. Italien sicherte Dollfuß seine weitere Unterstützung zu. Dollfuß versprach dafür entschiedenen Kurs auf den Faschismus. Er brach alle Erörterungen, zu denen seine Rede Anlaß gegeben hatte, mit einigen scharf „antimarxistischen“ Maßregeln ab: mit der Verhängung des Verbreitungsverbots über die „Arbeiter-Zeitung“ und mit



der Verordnung, die die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter von den öffentlichen Arbeiten ausschloß.

Der sozialdemokratische Parteirat trat am 28. Jänner zusammen. Er beantwortete die Rede Dollfuß' vom 18. Jänner. Er erklärte, die Partei sei bereit, über eine neue Verfassung zu verhandeln und an der Verteidigung der Unabhängigkeit Oesterreichs mitzuwirken. Er stellte nur zwei Bedingungen: erstens müsse das allgemeine und gleiche Wahlrecht, die Verkörperung der Volkssouveränität und der politischen Rechtsgleichheit der Arbeiter, die Errungenschaft jahrzehntelanger Kämpfe der Arbeiterklasse, erhalten bleiben. Zweitens dürfe an das freie Koalitionsrecht der Arbeiter nicht gerührt werden. Die Regierungspresse antwortete mit Hohn. Allgemeines und gleiches Wahlrecht, Koalitionsfreiheit — solche Dinge könne es im neuen Oesterreich nicht mehr geben.

Die Grundzüge eines von Dr. Ender, dem mit der Vorbereitung einer neuen Verfassung betrauten Minister, ausgearbeiteten Verfassungsentwurfs wurden veröffentlicht. Sie sahen kein aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenes Parlament mehr vor. Der Sozialminister Schmitz legte in dem christlichsozialen Hauptorgan dar, daß es in dem neuen Oesterreich keine freien Gewerkschaften mehr geben dürfe, sondern nur „halbstaatliche Organisationen“ nach dem Vorbild des italienischen Korporationensystems, keine Streiks mehr, sondern die Entscheidungsgewalt des Staates über alle Lohnstreitigkeiten. Es war nunmehr klar: Die Diktatur ging auf den hundertprozentigen Faschismus zu.

#### **Der Vorstoß des Faschismus.**

In der ersten Februarwoche setzten die Heimwehren ein, den vollen Faschismus zu erzwingen.

Tirol machte den Anfang. Die Tiroler Heimwehr wurde aufgeboten. Sie zog bewaffnet in die Hauptstadt und in die anderen Städte ein. Sie stellte ihre Forderungen an den Landeshauptmann: Auflösung der sozialdemokratischen Partei und Selbstauflösung der Christlichsozialen Partei; Parteien dürfe es nicht mehr geben. Absetzung der verfassungsmäßigen Landesregierung; an ihre Stelle ein Landesausschuß aus den faschistischen Wehrformationen. Auflösung der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen. Der Landeshauptmann erklärte, er könne verfassungswidrige Forderungen nicht bewilligen. Die Heimwehr antwortete, sie werde bewaffnet beisammen bleiben und die Städte besetzt halten, bis ihre Forderungen erfüllt werden. Die Staatsgewalt hätte die Heimwehren — in Innsbruck im ganzen 800 Mann — unschwer entwaffnen können. Sie hat es nicht getan. Dollfuß, im Krieg gegen Sozialdemokraten und Nazi zugleich, konnte nicht auch noch in offenen Konflikt mit der Heimwehr geraten.

In den folgenden Tagen wurde die Heimwehr auch in den anderen Bundesländern aufgeboten. Ueberall marschierte sie bewaffnet in die Landeshauptstädte ein. Ueberall stellte sie dieselben Forderungen an die Landeshauptleute.

Während die Faschisten die verfassungsmäßigen Landesregierungen unter ihren bewaffneten Druck setzten, sprang Fey als Polizeiminister den



faschistischen Rebellen bei, indem er gleichzeitig daranging, den Republikanischen Schutzbund, die einzige wehrhafte Gegenorganisation gegen die Heimwehrrfaschisten, zu entwaffnen.

In Schwechat bei Wien war es der Gendarmerie gelungen, größere Waffenvorräte der Arbeiter auszuheben. Fey nahm dies zum Anlaß, überall in den Heimen der Arbeiter nach Waffen suchen und überall die Führer des Schutzbundes verhaften zu lassen. Am Sonntag dem 11. Feber hat er ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem er mitteilte, die Waffenfunde in Schwechat bewiesen ein „Komplott“ „marxistisch-bolschewistischer Verbrecher“ gegen die Staatsgewalt, die deshalb gegen die Sozialdemokratie nunmehr rücksichtslos vorgehen müsse. Es war klar: Die Schwechater Waffenfunde sollten der Reichstagsbrand des Herrn Fey sein.

Die Arbeiterschaft geriet in große Erregung. Daß man sie zu entwaffnen versuchte und ihre Schutzbund-Führer verhaftete in demselben Augenblick, in dem die Heimwehren die Landesregierungen unter ihren bewaffneten Druck setzten, um die Uebergabe der Verwaltung an die Faschisten zu erzwingen, zeigte, daß die Stunde der Entscheidung gekommen war. Die Arbeiterschaft dachte: In diesem Augenblick dürfen wir uns keine Waffen mehr wegnehmen lassen, wenn wir nicht in der unmittelbar bevorstehenden Stunde der Entscheidung kampfunfähig sein sollen.

Der Parteivorstand warnte. Er wollte den Kampf vermeiden, solange die Regierung nicht eine jener Taten setzte, die die ganze Masse der Arbeiterklasse aufgerüttelt, die Volksleidenschaft aufs höchste gesteigert hätte. Aber die Erregung eines großen Teiles der Arbeiter war schon so groß, daß die Mahnungen des Parteivorstandes nicht mehr durchdrangen. Als zwei Tage nach dem bewaffneten Einmarsch der Heimwehren in Linz und der Ueberreichung der faschistischen Forderungen an den oberösterreichischen Landeshauptmann die Polizei im Heim der Linzer Arbeiter Waffen beschlagnahmen wollte, setzten sich die Schutzbündler zur Wehr. Der Sturm brach los.

### **Die Kampfitage.**

Noch ist es nicht möglich, den Verlauf des blutigen Aufstandes der österreichischen Arbeiter zu erzählen. Denn jeder Bericht kömnte Hunderte, die in den Gefängnissen der Wiener Henkerregierung schmachten, in Gefahr bringen, Tausende, die den Bütteln der Austrofaschisten noch entgangen sind, gefährden. Nur in großen Zügen kann die Geschichte dieser Tage jetzt schon erzählt werden.

Der Kampf begann mit der Stillegung der Arbeit. Aber der Generalstreik ist keineswegs vollständig gelungen.

Die überwiegende Mehrheit der Eisenbahner hat versagt. Die Eisenbahner sind einst eine Elitetruppe der österreichischen Arbeiterbewegung gewesen. Aber die Ereignisse der letzten Jahre haben sie zermürbt. Der Personalstand der Bundesbahnen ist in wenigen Jahren von mehr als hunderttausend Mann auf 58.000 Mann herabgesetzt worden: zwei Fünftel der Eisenbahner wurden abgebaut. Seit diesem furchtbaren Aderlaß zittert jeder Eisenbahner um seine Arbeitsstelle; wissen die Eisenbahner



doch, daß noch weiterer Abbau des Personalstandes bevorsteht. Die Angst vor der Arbeitslosigkeit hat die Eisenbahner entmutigt. Seitdem die Diktatur die einst so mächtige Personalvertretung der Eisenbahner zerschlagen hat, fühlen sich die Eisenbahner schutzlos der Willkür der Bundesbahnverwaltung ausgeliefert. So sind sie ängstlich, kleinmütig geworden. Sie blieben bei der Arbeit, als die Kanonen gegen die Gemeindehäuser donnerten. Daß die Eisenbahnen weiter verkehren konnten, hat die Entwicklung des Generalstreiks überaus erschwert. Bei allen früheren großen Kämpfen der österreichischen Arbeiter ist die Stilllegung der Eisenbahnen das Signal zum Kampf für die übrige Arbeiterschaft gewesen; diesmal blieb das Signal aus. Viele entlegene Gebiete haben von dem Ausbruch des Streiks erst spät erfahren, seinen Grund und seinen Anlaß überhaupt nicht gekannt. So blieben ganze Gebiete ohne Anteil an der Bewegung.

Aber auch in manchen anderen Betrieben ist gearbeitet worden. So konnten, sehr zum Schaden der Bewegung, die bürgerlichen Zeitungen in den Streiktagen erscheinen. Wie schwer ein allgemeiner Streik in einer Zeit so großer und so lang dauernder Arbeitslosigkeit zu führen ist, haben diese Tage gelehrt. Diejenigen Arbeiter, die an der Streikbewegung nicht teilgenommen haben, werden es jetzt furchtbar erfahren, wie eine triumphierende Reaktion Proletarier behandelt, die sie in geschichtlicher Stunde als kampfunfähig erkannt hat.

War der allgemeine Streik nur unvollständig gelungen, so war dagegen der bewaffnete Aufstand des Republikanischen Schutzbundes gewaltig, imponierend, hinreißend über alle Maßen. Zwar gab es auch da Lücken. Manche Bezirke haben überhaupt nicht zu den Waffen gegriffen; in vielen Fällen deshalb, weil die Waffensuchen der vorausgegangenen Tage den Schutzbund entwaffnet und die Verhaftungen der lokalen Führer die Männer, die die Waffenverstecke kannten, entfernt hatten. In anderen Bezirken hat es der lokalen Führung des Schutzbundes wohl auch an Mut, an Offensivgeist gefehlt. Aber wo der Schutzbund in den Kampf getreten ist, dort war seine Haltung von bewundernswürdigster Tapferkeit, Zähigkeit, Heldenhaftigkeit. Dollfuß selbst hat in einer Rede vom 17. Feber den „Heroismus“ der kämpfenden Schutzbündler anerkennen müssen.

Die Kämpfe um das Ottakringer Arbeiterheim, um den Karl-Marx-Hof, das viertägige Ringen um Meidling, um Simmering, um Kaisermühlen und insbesondere um Floridsdorf, die Schlachten von Steyr und von Bruck, die Straßenkämpfe in Linz — all das gehört zu den größten, heldenhaftesten Kämpfen der Revolutionsgeschichte aller Zeiten und aller Länder.

Womit soll man die Geschichte der Wiener Revolutionstage vergleichen?

Als sich die Pariser Arbeiter im Jahre 1871 erhoben, war es unmittelbar nach der Belagerung von Paris durch die deutschen Heere. Noch war das ganze Pariser Volk bewaffnet. Kriegsgerät für 200.000 Mann stand der Kommune zur Verfügung. Hunderte Kanonen waren im Besitz der Pariser Arbeiter. Die Bewaffnung war nicht so furchtbar ungleich



wie in diesen Tagen in Wien, wo die Arbeiter vier Tage lang mit alten Infanteriegewehren gegen die Kanonen und Haubitzen des Bundesheeres gekämpft haben.

Als sich die Arbeiter von Leningrad im März 1917 gegen den Zarismus erhoben, war Rußland im Weltkrieg geschlagen, die zarischen Truppen waren aus mobilisierten Bauern und Arbeitern zusammengesetzt, ein großer Teil von ihnen ging im Verlauf des Kampfes auf die Seite der Arbeiter über. In Wien standen die Arbeiter einem Söldnerheer gegenüber, das, fest in der Hand seiner Führer, bis zur letzten Stunde diszipliniert gegen sie kämpfte.

Als sich die Leningrader Arbeiter zum zweiten Mal am 7. November 1917 erhoben, waren die Soldaten auf ihrer Seite, die Kerenski-Regierung nur von ein paar Junkerkompagnien geschützt.

So ist der Kampf der österreichischen Arbeiter mit keiner der letzten großen Revolutionen zu vergleichen. Nie hat eine revolutionäre Arbeiterschaft gegen eine so große technische Ueberlegenheit des Feindes so lang, so zäh, so heldenhaft standgehalten, wie in den österreichischen Aufstandstagen.

Der Feind war zunächst an Führung überlegen. Der Schutzbund hatte keine Offiziere. Die alten Zugführer und Feldwebel der Kriegszeit, die die Schutzbundabteilungen führen sollten, waren vor der Schlacht verhaftet worden. Die Ersatzmänner, die an ihre Stelle traten, waren oft junge Leute ohne Kriegserfahrung. Auch die zentrale Leitung des Kampfes hat versagt. Wir hatten am ersten Kampftag eine zentrale Leitung improvisiert. Aber der Bezirk, in dem sie ihren Standort hatte, fiel bald in die Hände des Bundesheeres, und die Verbindung zwischen dem Standort der Kampfleitung und den kämpfenden Gruppen in den anderen Bezirken wurde schon am zweiten Tag infolge der militärischen Absperrungsmaßregeln unmöglich. So waren die einzelnen Kampfgruppen auf sich selbst angewiesen. In den großen, von Arbeitern bewohnten Gemeindehäusern, hinter schnell aufgeworfenen Barrikaden, am Stadtrand auch in regelrechten Schützengraben hielten sie den feindlichen Truppen stand. Der Gegner war feig. Er wagte es nicht, die nur mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffneten Schutzbündler mit gleichen Waffen anzugreifen. Er schoß ihre Stellungen mit Artillerie zusammen. Kanonen und Haubitzen hatten die Schutzbündler freilich nicht. Die Kanonen und Haubitzen haben den Kampf entschieden.

Die großen Wohnpaläste, die die rote Gemeindeverwaltung den Wiener Arbeitern gebaut hat, sind von Granaten zerschlagen und zertrümmert. Die Sozialdemokraten haben sie gebaut; der Faschismus hat sie mit schweren Haubitzen zerschossen. „Gebaut aus den Mitteln der Wohnbausteuer“, hatte die Wiener Gemeindeverwaltung auf ihre Wohnbauten geschrieben. „Zerstört aus den Mitteln der Trefferanleihe“, fügt jetzt der Wiener Volkswitz hinzu.

Die Faschisten lügen jetzt frech, die Durchsuchung der Wohnbauten der Gemeinde habe gezeigt, daß sie im voraus als Festungen geplant und angelegt worden seien. Diese alberne Lüge soll die Verwendung der Artillerie rechtfertigen. Der Bürger versteht, daß man Wohnhäuser baut,



damit sie Eigentümern eine Rente tragen. Wenn man Wohnhäuser baut, die zwar 60.000 Familien ein Leben in Licht und Luft und Gesundheit ermöglichen, aber niemandem eine Rente tragen, kann das doch nur zu den Zwecken des Bürgerkrieges geschehen sein.

Nach viertägigem Kampfe sind die österreichischen Arbeiter besiegt worden. Hat das sein müssen? Hätten sie siegen können? Nach den Erfahrungen dieser vier Tage darf man sagen: Wenn die Eisenbahnen stillgelegt worden wären, wenn der Generalstreik das ganze Land erfaßt hätte, wenn der Schutzbund die ganze große Masse der Arbeiter im ganzen Lande mitgerissen hätte, dann wäre es der Regierung kaum gelungen, des Aufstands Herrin zu werden.

Das hat der Parteivorstand immer gefürchtet: daß der Schutzbund allein im Kampfe bleiben könnte und breite Proletariermassen zwar mit stärkster Sympathie, aber untätig seinem Kampfe zusehen würden. Darum hat die Partei den Kampf nicht früher beginnen wollen, als bis eine den Zorn und die Leidenschaften des ganzen werktätigen Volkes aufrüttelnde Tat des Gegners den Kampf entfesseln werde. Das war der Grund und Sinn der Politik jener „vier Punkte“. Die Provokationen der Diktatur und die Erbitterung der vorgeschrittensten Schichten der Arbeiterklasse hat dieses politische Konzept durchkreuzt. Der Vorstoß der Linzer hat die ganze Front in einem Augenblick aufgerollt, in dem die Tat des Gegners, die ungleich größere Massen zur Erhebung gebracht hätte, zwar unmittelbar drohte, aber noch nicht gesetzt war.

So sind die österreichischen Schutzbündler nach heldenmütigem Kampfe erlegen. Aber sind sie besiegt worden, so sind sie doch in Ehre und Ruhm untergegangen. In Italien hat die Arbeiterklasse dem Marsch Mussolinis auf Rom keinen Widerstand entgegenzusetzen vermocht. In Deutschland sind die Sozialdemokratie und die Kommunistische Partei kampflos dem Nationalfaschismus erlegen. In Oesterreich hat die wehrfähige Elite des Proletariats gezeigt, wie sich freiheitsliebende Arbeiter wehren, wenn ihre Freiheit bedroht ist. Generationen von Arbeitern werden ihren Kindern von den Heldentaten der österreichischen Schutzbündler erzählen, ihre Söhne im Geiste der Kämpfer um die Freiheit der österreichischen Arbeiter erziehen. Aus dem vergossenen kostbaren Proletarierblut wird reiche Saat aufgehen. Aus der Erinnerung an unsere Gefallenen und standrechtlich Gerichteten, aus dem Ruhme ihres Kampfes, aus dem Haß gegen die Mörder, die Weiber und Kinder in den Gemeindebauten gemordet haben, gegen ihre Henker, die Verwundete zum Galgen schickten, gegen ihre Mitschuldigen, mögen sie in katholischen Bischofsitzen oder in jüdischen Zeitungsredaktionen dem Blutwerk der Henkeregierung applaudieren, wird die österreichische Sozialdemokratie sieghaft wieder erstehen. Gefärbt mit dem Blute unserer Helden, wird die rote Fahne dereinst wieder über Wien, dereinst über Oesterreich wehen.

Ungeheuer war der Wiederhall der Wiener Kampftage in der ganzen proletarischen Welt. In England und in Frankreich, in Belgien und in Holland, in der Schweiz und in der Tschechoslowakei, überall von Spanien bis zu den baltischen Ländern, im roten Rußland, jenseits des Ozeans in Amerika, — überall haben die Arbeiter in gewaltigen Kundgebungen für



das kämpfende Proletariat Oesterreichs demonstriert, überall fluchen sie seinen Mördern und Henkern. Die Sozialisten der ganzen Welt haben es als beschämend, als eine verhängnisvolle Ermutigung der internationalen Reaktion, als eine verhängnisvolle Schwächung der Arbeiterklasse aller Länder empfunden, daß sich die deutsche Arbeiterklasse dem Faschismus kampflos unterworfen hat. Sie alle sind stolz darauf und fühlen sich gehoben und gestärkt dadurch, daß sich die österreichischen Arbeiter mit dem Gewehr in der Hand dem Faschismus widersetzt, daß sie, indem sie ungleichen Verzweiflungskampf kampfloser Kapitulation vorgezogen haben, die revolutionäre Ehre des internationalen Sozialismus gerettet, den revolutionären Widerstand der Arbeiter der ganzen Welt ermutigt und gestärkt, der faschistischen Reaktion in der ganzen Welt eine drohende Warnung entgegengestellt haben. Das Proletariat der ganzen Welt hat das rote Wien geliebt um seines friedlichen sozialistischen Aufbaues willen: um seiner Wohnbauten, um des Meisterwerks seiner sozialen Fürsorge und seiner Schulreform willen. Jetzt liebt die Arbeiterklasse der Welt das rote Wien heißer um seiner revolutionären Tat, um seines Heldentums willen, um seines für die Freiheit vergossenen Blutes willen. Stolzer denn jemals zuvor singen die Arbeiter in allen Sprachen der zivilisierten Welt Brügels Lied von den Arbeitern von Wien:

Drum weh du flammende,  
Du rote Fahne  
Voraus dem Wege, den wir zieh'n.  
Wir sind der Zukunft getreue Kämpfer,  
Wir sind die Arbeiter von Wien.

#### **Kriegslügen des Faschismus.**

Neben den Geschützen, den Panzerwagen, den Minenwerfern, den Beobachtungsflugzeugen hatte die Diktatur noch eine andere Waffe vor uns voraus: den Rundfunk. Die Sendestationen, militärisch stark besetzt, waren in ihren Händen geblieben. Unsere Hoffnung, ihnen durch Kurzwellensender entgegenwirken zu können, hat getrogen.

Der Rundfunk hat vom ersten Augenblick an lügenhafte Nachrichten über Siege der „Staatsexekutive“, über Niederlagen des Schutzbundes, über den Zusammenbruch des Aufstandes veröffentlicht. Das hat sehr stark gewirkt. Weite Gebiete, die erst aus dem Rundfunk von den Ereignissen erfuhren, haben den Aufstand vorzeitig für niedergeschlagen gehalten und sich ihm darum nicht angeschlossen.

Durch eine andere Lüge, die der Rundfunk verbreitete und die auch in Flugblättern, die die Regierungsflugzeuge überall abwarfen, verbreitet wurde, hat die Regierung die Aufständischen zu demoralisieren versucht. Sie suchte ihnen einzureden, die Führer seien vor dem Kampfe oder zu Beginn des Kampfes geflohen und hätten die Arbeiter „auf den Barrikaden allein gelassen“.

In Wirklichkeit wurden fast alle Führer der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften schon Montag um die Mittagsstunde verhaftet; die Verleumdeten saßen in den Gefängnissen der Diktatur. Von den bekannteren Führern sind nur Julius Deutsch und ich der Verhaftung ent-



gangen. Gerade uns beide hätte Herr Dollfuß am allerliebsten hängen lassen. Daß seine Schergen gerade uns beide nicht fanden, erregte seine besondere Wut. Darum richtete sich gerade gegen uns beide am wütendsten die Verleumdung, wir seien vor dem Kampfe geflohen.

Ich muß auf diese Verleumdung antworten. Nicht um unser beider willen, sondern um der Partei willen. Denn das Vertrauen der Arbeiter zur Partei will diese Verleumdung zerstören. Ich muß freilich vorsichtig und zurückhaltend antworten. Ich darf keinen Ort und keine Stunde genau bezeichnen. Denn Mitkämpfer, die in den Kampftagen an unserer Seite waren, sind in der Gewalt des Feindes. Ich darf keine Worte gebrauchen, die ihnen zur Gefahr würden.

Montag mittag haben sich Deutsch und ich in einen Wiener Arbeiterbezirk zum Sitz der zentralen Kampfleitung begeben. Daß wir dort waren, hat uns für die Polizei unauffindbar gemacht. Die Kampfleitung hat die Verbindung zu den kämpfenden Gruppen in Wien und, so weit es möglich war, auch in der Provinz hergestellt und aufrecht erhalten. Aber die Kampfleitung hat unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen gearbeitet. Der Bezirksteil, in dem sie ihren Standort hatte, fiel in die Hände der Regierungstruppen. Wir haben trotzdem, jeden Augenblick von der Verhaftung bedroht, unsere Arbeit dort bis Dienstag früh fortgesetzt. Dienstag früh war das nicht mehr möglich; unsere Verbindungsleute, die Nachrichten brachten und Weisungen hinaustrugen, stießen schon unmittelbar vor dem Hause, in dem wir arbeiteten, auf Militär- und Polizei-Patrouillen. Wir haben daher die Kampfleitung Dienstag früh geteilt und in zwei andere Standorte verlegt. Aber nach wenigen Stunden waren auch die Bezirke, in denen unsere neuen Standorte lagen, in den Händen des Feindes, auch dort alle Kampfhandlungen zu Ende. Wir versuchten es nunmehr, zu einer der noch kämpfenden Gruppen zu gelangen. Dieser Versuch scheiterte an der militärischen Absperrung, die wir nicht durchdringen konnten. Auch unsere Verbindungsleute konnten zu den noch kämpfenden Gruppen nicht mehr vordringen. So waren wir von den noch kämpfenden Gruppen abgeschnitten. Die Polizei war uns auf den Fersen. Ich wurde trotz Verkleidung auf der Straße erkannt. Deutsch, schon verwundet, entging der Verhaftung nur durch einen fast wunderbaren Zufall; Polizeiorgane durchsuchten das Haus, in dem er sich gerade aufhielt, und bemerkten ihn nicht. Ohne jede Möglichkeit, in die letzten Kämpfe einzugreifen, hatten wir nur noch die Wahl, untätig unsere Verhaftung abzuwarten oder zu fliehen. Erst als in dem ganzen Stadtgebiet, in dem wir uns aufhielten, alle Kämpfe zu Ende waren und jede Hoffnung auf eine Wendung geschwunden war, haben wir uns zu dem Versuch entschlossen, die tschechoslowakische Grenze zu erreichen.

Schon vor uns waren einige Gruppen von Arbeitern nach Bratislava gekommen. Wenige Stunden nach uns überschritten 47 Schutzbündler, die sich aus den Floridsdorfer Kämpfen zurückzogen, voll bewaffnet die tschechoslowakische Grenze. Sie hatten sich gegen Heimwehrabteilungen, die ihnen folgten, bis zur Grenze durchgeschlagen.



Wir waren viel länger in Wien, als die Regierung geglaubt hat. Als der Minister Schuschnigg im Rundfunk erzählte, daß wir die Arbeiter „auf den Barrikaden allein gelassen“ hätten, waren wir im Standort der Kampfleitung. Als der Vizekanzler Fey im Rundfunk berichtete, daß wir in Prag angekommen seien, waren wir nach wie vor in Wien. Da übrigens der Herr Fey auch erzählt hat, wir hätten uns zu unserer Flucht „reichlich mit Reisegeld versehen“, will ich diesem ritterlichen Gegner ver-raten, daß ich, als ich die Grenze überschritt, 105 Schilling bei mir hatte, Deutsch noch weniger.

### **Unsere Fehler.**

Wir sind geschlagen. Und jedes unserer Gehirne quält die Frage, ob wir durch politische Fehler, die wir begangen, durch eigene Schuld die blutige Katastrophe herbeigeführt haben.

Die einen sagen: Unsere Politik sei seit Jahren zu doktrinär, zu radikal, zu unversöhnlich, allzu „links“ gewesen. Dadurch habe sie den Zusammenbruch der Partei heraufbeschworen. Die anderen sagen umgekehrt: Unsere Politik sei allzu ängstlich, allzu zaghaft gewesen, es habe ihr an dem revolutionären Schwung gefehlt, der allein die ganze breite Masse mitzureißen vermocht hätte, sie habe den Kampf allzu lange aufgeschoben und dadurch die Niederlage verschuldet, sie sei allzu „rechts“ gewesen.

Wo ist die Wahrheit? Daß wir Fehler begangen haben, unterliegt keinem Zweifel; nur wer nicht handelt, begeht keine Fehler. Diese Fehler freimütig zu bekennen, ist nützlich; denn aus unserer Erfahrung können die Nachkommenden Wichtiges lernen. Ich kann unsere Irrtümer um so eher bekennen, als ich damit niemand anderen belaste; denn für die Fehler, die begangen worden sind, bin ich mehr verantwortlich als jeder andere.

Im April 1932 hatten die Landtags- und Gemeindevahlen ein sprunghaftes Anwachsen des Nationalsozialismus in Oesterreich gezeigt. Die Großdeutschen, seit dem erzwungenen Rücktritt Schobers in Opposition, und die Nationalsozialisten verlangten die Neuwahl des Nationalrates. Die Christlichsozialen hatten vor der Neuwahl panische Angst. Hätten wir uns in jenem Augenblick bereit gezeigt, im Nationalrat gegen die Ausschreibung von Neuwahlen zu stimmen, und hätten wir zugleich der Regierung Buresch, die noch im Amte war, zugesichert, daß wir sie in ähnlicher Weise „tolerieren“ werden, wie die deutsche Sozialdemokratie die Regierung Brüning toleriert hat, so hätten wir die Bildung einer Koalitionsregierung der Christlichsozialen und der Landbündler mit den Heimwehren vielleicht verhüten können. Wir haben dies nicht getan. Wir hielten Neuwahlen für nützlich, damit die Nationalsozialisten in das Parlament einziehen und die Notwendigkeit, zu den konkreten wirtschaftlichen und politischen Fragen Stellung zu nehmen, ihre Demagogie demaskiere. Wir fürchteten nach den Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie in die Situation der „Tolerierungspolitik“ zu geraten. Wir glaubten, daß nur eine forsche Oppositionspolitik der Sozialdemokratie



verhüten könne, daß die durch die Wirtschaftskrise verelendeten und erbitterten Massen zu den Nationalsozialisten abströmen. Die Folge unserer Haltung war, daß sich die Christlichsozialen mit den Heimwehren koalierten und Dollfuß seine Regierung mit Fey bildete. Wir hatten bei den Wahlen im Herbst 1930 die erste Koalitionsregierung der Christlichsozialen mit den Heimwehren, die Regierung Vaugoin-Starhemberg besiegt; wir haben im Jahre 1932, durch diese Erfahrung irreführt, verkannt, daß in einem Zeitpunkt, in dem der Faschismus in Deutschland in stürmischem Aufstiege war, die Teilnahme der Faschisten an der Regierungsgewalt in Oesterreich weit gefährlicher werden mußte. Unsere Haltung nach den Wahlen von 1932 war also vielleicht ein Fehler; es war eine „linke Abweichung“.

Wir haben noch einen solchen Fehler gemacht. Als die Regierung Dollfuß-Fey einen zweistündigen Proteststreik der Eisenbahner, der am 1. März 1933 stattgefunden hatte, mit Maßregelungen von Eisenbahnern beantwortete, suchten wir dies am 4. März durch einen Antrag im Parlament zu verhindern. Da die Regierung nur eine Mehrheit von einer Stimme hatte, kam es auf jede Stimme an. Wir verloren aber eine Stimme dadurch, daß Renner als Präsident des Nationalrates den Vorsitz führte und deshalb nicht mitstimmen konnte. Wir glaubten, es vor den Eisenbahnern nicht verantworten zu können, durch Renners Stellung als Präsidenten bei der Abstimmung zu unterliegen und damit hunderte Eisenbahner der Maßregelung preiszugeben. Deshalb hat Renner wegen eines Konflikts mit den Christlichsozialen auf meinen Rat seine Präsidentenstelle niedergelegt. Darauf haben auch der christlichsoziale und der großdeutsche Vizepräsident demissioniert. Am folgenden Tage erkämpfte Hitler in Deutschland seinen großen Wahlsieg; wir hatten im Eifer, die von der Maßregelung bedrohten Eisenbahner zu schützen, nicht bedacht, welch unmittelbaren Einfluß die Umwälzung in Deutschland auf Oesterreich üben konnte. So haben wir durch Renners Demission der Regierung Dollfuß den Vorwand zur Ausschaltung des Parlaments geliefert. Das war unzweifelhaft ein Fehler, — auch das eine „linke Abweichung“.

Das Parlament war ausgeschaltet. Die Diktatur etablierte sich. Der Versuch, am 15. März die Arbeit des Parlaments wieder aufzunehmen, wurde von Dollfuß gewaltsam verhindert. Wir hätten darauf am 15. März mit dem Generalstreik antworten können. Nie waren die Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf so günstig wie an jenem Tage. Die deutsche Gegenrevolution, die sich eben damals stürmisch vollzog, hatte in Oesterreich die Massen aufgerüttelt. Die Arbeitermassen erwarteten das Signal zum Kampf. Die Eisenbahner waren damals noch nicht so zermürbt wie elf Monate später. Die militärische Organisation der Regierung war damals weit schwächer als im Februar 1934. Damals hätten wir vielleicht siegen können. Aber wir sind damals vor dem Kampf zurückgeschreckt. Wir glaubten noch, durch Verhandlungen zu einer friedlichen Lösung kommen zu können. Dollfuß hatte versprochen, daß er binnen kurzem, Ende März oder anfangs April, mit uns über eine Verfassungs- und Geschäftsordnungs-Reform verhandeln werde; wir waren damals noch töricht genug, einem Versprechen Dollfuß' zu trauen.



Wir sind dem Kampf ausgewichen, weil wir dem Lande die Katastrophe eines blutigen Bürgerkriegs ersparen wollten. Der Bürgerkrieg ist elf Monate später trotzdem ausgebrochen, aber unter für uns wesentlich ungünstigeren Bedingungen. Es war ein Fehler, — der verhängnisvollste unserer Fehler. Und diesmal war es eine „rechte Abweichung“.

War unsere Politik zu „links“ oder zu „rechts“? Es gibt keine Strategie, die lehren würde, daß man den Sieg unter allen Umständen im Angriff oder unter allen Umständen in der Verteidigung erkämpfen, die Entscheidung immer auf dem linken oder immer auf dem rechten Flügel herbeiführen könne. Die Probleme proletarischer Taktik in Zeiten stürmischer Entwicklung sind allzu kompliziert, als daß sie sich auf den Gegensatz von „links“ und „rechts“ reduzieren ließen. Die Fehler, die wir begangen haben, waren einmal „linke“ und das andere Mal „rechte“ Abweichungen von dem Weg, von dem wir jetzt nachträglich, in Kenntnis der späteren Ereignisse, vermuten können, daß er richtig gewesen wäre.

Aber so wenig wir Fehler leugnen wollen, die wir begangen haben, — wäre die österreichische Gegenrevolution nach dem Siege des Faschismus in Deutschland überhaupt zu verhüten gewesen? Hätte eine andere Politik, eine andere Taktik sie verhüten können? Wären wir, wenn wir uns nach den Aprilwahlen von 1932 zu einer „Tolerierungspolitik“ gegenüber der Regierung Buresch entschlossen hätten, nicht erst recht auf die Bahn der deutschen Sozialdemokratie geraten? Hätte, wenn Renner am 4. März seine Präsidentenstelle nicht niedergelegt hätte, die durch den Umsturz in Deutschland geschreckte Regierung nicht einen anderen Vorwand zur Ausschaltung des Parlaments gefunden? Hätte, wenn wir am 15. März 1933 losgeschlagen hätten, der Bürgerkrieg nicht die Koalition der Schwarzen mit den Braunen herbeigeführt, die damals ja noch nicht so verfeindet waren wie jetzt, und dadurch Hitler zum Herrn Oesterreichs gemacht?

Die ungarische Sozialdemokratie hat im Jahre 1919, die italienische bis zum Jahre 1922 eine „linke“, revolutionäre, dem Kommunismus verwandte Politik getrieben, — sie endete in beiden Ländern mit einer Katastrophe. Die deutsche Sozialdemokratie hat umgekehrt einen sehr staatsmännischen, sehr nationalen, sehr „rechten“ Weg gewählt, — sie ist gleichfalls geschlagen worden. Wir haben in Oesterreich zwischen dem italienisch-ungarischen und dem deutschen Extrem einen mittleren Weg zu gehen versucht, — wir sind gleichfalls geschlagen. Die Ursachen der Niederlagen der Arbeiterklasse liegen offenbar tiefer als in der Taktik ihrer Parteien, offenbar tiefer als in einzelnen taktischen Fehlern.

### **Die Ursachen der Katastrophe.**

Am Tage unserer Niederlage hat ein demokratischer Bürger gesagt: „Das Unglück der österreichischen Sozialdemokratie war Breitner.“ Aus Steuereinnahmen schöne Arbeiterwohnungen zu bauen, damit sie, von keinem Zins an Leihkapital belastet, an Arbeiter, an Arbeitslose wohlfeil vermietet werden können; den Reichtum, den Luxus, das Vergnügen zu besteuern, um für die Armen billige Wohnungen bauen, die Fürsorge



ausgestalten, eine moderne Schule für ihre Kinder schaffen zu können, — nein, das konnten die besitzenden Klassen nicht ertragen. Ihr sagt, unsere Schuld sei Breitners Steuerpolitik gewesen? Ihr sagt damit nur: Unsere Schuld war, daß wir Sozialisten sind.

Am Tage unserer Niederlage hat eine kapitalistische Zeitung geschrieben, die Sozialdemokratie sei daran zugrunde gegangen, daß sie die Erfüllung wirtschaftlicher Notwendigkeiten verhindert habe. Das habe sie getan, indem sie dem Abbau des Mieterschutzes so zähen Widerstand entgegengesetzt hat. Wirtschaftliche Notwendigkeiten? Es sind die Notwendigkeiten des kapitalistischen Profits und der kapitalistischen Rente. Es war unsere Schuld, daß uns die menschliche Notwendigkeit, schlecht entlohnenden Kurzarbeitern, arbeitslosen Proletariern, verelendeten Kleingewerbetreibenden das Obdach zu erhalten, höher stand, als die „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ des Profits und der Rente.

Schon vor unserer Niederlage haben wir von den Bürgerlichen oft gehört: Die Diktatur sei notwendig geworden, weil die Sozialdemokratie im Parlament den Abbau einer in der Zeit der Wirtschaftskrise untragbar gewordenen sozialen Schutzgesetzgebung verhindert hat. In der Tat, die Demokratie mußte zerstört, der Sozialismus mußte blutig niedergeworfen werden, damit das Unternehmertum die Arbeiterschutzgesetze durchlöchern, sich von den „sozialen Lasten“ befreien, die Gewerkschaften, die der Ausbeutung eine Schranke setzten, demolieren könne.

Die Wirtschaftskrise hat die Klassengegensätze verschärft. Gewiß, die österreichische Bourgeoisie ist infolge der Krise verarmt. Aber der verarmte Unternehmer ist ein haßerfüllterer Gegner des Proletariats als der reiche Unternehmer, dessen Geschäfte blühen. Dieser läßt vom reichgedeckten Tisch gern ein paar Brosamen für die Arbeiter abfallen; jener kennt kein anderes Mittel, sich vor dem drohenden Bankrott zu retten, als Lohndruck und „Abbau der sozialen Lasten“.

Die Wirtschaftskrise hat Kleinbürger und Bauern proletarisiert; die bürgerliche Demokratie hat die Massen nicht vor der Krise bewahren können. Sie konnte sie vor der Krise nicht bewahren, nicht deshalb, weil es Demokratie, sondern deshalb, weil es bürgerliche Demokratie, Demokratie auf der Grundlage der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse war. Aber das haben die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen nicht verstanden. Verelendet, erbittert, haben sie sich von der Demokratie überhaupt abgewendet, haben sie etwas Neues, Unverbrauchtes, Unkompromittiertes gesucht, das sie retten könne. So wurden sie reif für den Faschismus. So ließen sich Kleinbürger- und Bauernsöhne von den Heimwehrgenossen anwerben. So gerieten sie unter die Führung der aristokratischen Großgrundbesitzer und der k. und k. Generale, die die Heimwehrebataillone kommandieren, — unter die Führung der durch die Revolution von 1918 entthronten Klassen.

Und in derselben Zeit, in der sich die kapitalistische Bourgeoisie gegen die Demokratie wandte, um die Macht der Gewerkschaften zu brechen, die sozialen Errungenschaften der Arbeiter abtragen zu können; in der selben Zeit, in der sich die Aristokraten und Generale eine Armee aus verelendeten Kleinbürgern und Bauernsöhnen gesammelt hatten, um die



ihnen verhaßte Demokratie zu zerstören, ihren Staat, den autoritären Staat, den Staat der Vorkriegszeit, den sie beherrscht hatten, wieder herzustellen, — in derselben Zeit war die Widerstandskraft der Arbeiterklasse furchtbar geschwächt. Mehr als ein Drittel der Arbeiter aus den Produktionsstätten hinausgeschleudert, die übrigen um ihre Arbeitsstellen zitternd.

Seit dem Jahre 1848 ist jeder großen geschichtlichen Wendung, die sich in Deutschland vollzog, eine ähnliche Wendung in Oesterreich gefolgt. Als der großbürgerliche Liberalismus in Deutschland zur Macht kam, bekam auch Oesterreich seine „Bürgerregierung“. Als sich Bismarck 1878 vom Liberalismus abwandte, wurde auch in Oesterreich die liberale Herrschaft von der feudal-klerikalen Regierung Taaffe abgelöst. Dem Sozialisten-Gesetz Bismarcks folgte der Ausnahmezustand Taaffes. Als das Sozialistengesetz in Deutschland fiel, wurde der Ausnahmezustand auch in Oesterreich aufgehoben. Am 9. November 1918 wurde das deutsche Kaisertum gestürzt; drei Tage später war Oesterreich Republik. So hat die deutsche Entwicklung immer die österreichische bestimmt. So war es auch jetzt: Als Hitler die deutsche Demokratie und den deutschen Sozialismus zertrümmerte, hielten auch in Oesterreich die Aristokraten, die Generale, die Kapitalisten den Augenblick gekommen, auch hier eine faschistische Diktatur aufzurichten, auch hier die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zu zerschlagen.

Die Aristokraten und Generale, deren Ideale in der habsburgischen Vergangenheit liegen, und der katholische Klerikalismus wollten freilich nicht, daß Oesterreich unter die Herrschaft Hitlers falle. Aber sie wollten die durch Hitlers Sieg über die Demokratie und über die Arbeiterklasse hervorgerufene „antimarxistische“ Konjunktur ausnützen, um auch hier die Demokratie und die Arbeiterklasse niederzuwerfen, einen heimischen, einen bodenständigen, einen alpinen Faschismus aufzurichten.

Als nach dem 5. März 1933 die nationalsozialistische Flut auch in Oesterreich hoch ging und Hitler seinen Kampf um Oesterreich begann, wäre es natürlich gewesen, daß sich alle dem Anschluß an das Dritte Reich feindlichen Kräfte gegen die braune Gefahr verbündet hätten. Aber das wollten die Aristokraten und Generale, die das alte habsburgische Oesterreich wiederherstellen wollen, die Kapitalisten, denen es sich um die Niederwerfung der Gewerkschaften und um den „Abbau der sozialen Lasten“ handelte, die Kirchenfürsten, denen, wie der Jesuitenpater Bichlmayer sagte, „faschistische Zucht“ lieber ist als eine Demokratie, die den Freidenkern die Freiheit der Propaganda gibt, das wollten sie alle nicht. Denn damit hätten sie ja die „antimarxistische“ Konjunktur versäumt. So haben sie den Zweifronten-Krieg gegen die Nationalsozialisten und gegen die Sozialdemokratie zugleich unternommen. Im Kampfe gegen wenigstens 70 Prozent des eigenen Volkes mußten sie sich immer gewalttätigerer Mittel bedienen, mußten sie alle vom Volk gewählten Vertretungen ausschalten und sich für die Zukunft die völlige Abschaffung aller allgemeinen Volkswahlen zum Ziele setzen, um sich an der Macht zu erhalten. So mußten sie die Gegensätze verschärfen bis zu dem Augen-



blick, in dem der Arbeiterklasse nur noch die Wahl blieb: schimpfliche Kapitulation oder verzweifelten Widerstand.

Jetzt haben sie in ihrem Klassenkampf gegen die Arbeiterklasse gesiegt. Jetzt proklamieren sie: „Es darf keinen Klassenkampf mehr geben.“ In der Tat, wenn die Arbeiterklasse rechtlos, wehrlos, ohnmächtig die Klassenherrschaft der Kapitalisten und der Großgrundbesitzer, der alten Generale und der kirchlichen Hierarchie ertragen muß, ohne sich gegen sie auflehnen zu können, gibt es da noch einen Klassenkampf? Die Versöhnung der Klassen, die sie proklamieren, nachdem sie Arbeiter und Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder gemordet, verwundete Gefangene aufgehängt, die Arbeiterwohnungen zusammengeschossen haben, sie bedeutet in Wirklichkeit die völlige Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Diktatur der herrschenden Klassen. Aber die Herren irren sich. Sie werden sehr bald die Erfahrung machen, daß mit ihrem Siege in einer Klassenschlacht der Krieg der Klassen nicht entschieden ist.

### Was nun?

Das große Gebäude der sozialdemokratischen Organisationen in Oesterreich ist zerstört. Aber die Gesinnung der 600.000 organisierten Sozialdemokraten in Oesterreich ist nicht zerstörbar.

Gewiß, es wird Ueberläufer geben, — so wie es im Jahre 1918 Novembersozialisten gegeben hat, so wird es jetzt Februar-Patrioten geben. Gewiß, es werden viele, die nur um persönlicher, materieller Vorteile willen zur Partei gekommen sind, abfallen, es werden sich viele Aengstliche zurückziehen, es werden noch viel mehr arme Menschen mit Ingrimm im Herzen eine Gesinnung heucheln müssen, die nicht die ihre ist, um nur das bißchen Brot für Weib und Kind zu retten. Aber der Kern der Partei, im Feuer des Kampfes geläutert, wird fest bleiben. Die große Schule des österreichischen Sozialismus wird sich bewähren.

Die österreichischen Arbeiter haben die Gewohnheit der Organisation. Sie sind Meister in der Kunst der Organisation. Sie werden sehr bald wieder ihre Organisationen haben. Das Verbot der nationalsozialistischen Partei hat nicht hindern können, daß die Nazi heute weit stärker sind, als zu der Zeit, in der ihre Partei verboten worden ist. Das Verbot der Sozialdemokratie wird noch weniger hindern, daß die Sozialdemokratie in neuen Formen fortleben wird.

Was wir heute in Oesterreich brauchen und aufbauen können, wird freilich nicht eine demokratische Massenorganisation mit hunderttausenden Mitgliedern sein können. Es wird eine Organisation straff zusammengefaßter Kaders sein müssen, die die Fähigkeit gewinnen müssen, die Massen in den Betrieben und in den Stempelstellen aufzuklären, zu beeinflussen, in die kommenden Kämpfe zu führen.

Zunächst gilt es, zu verhindern, daß die Arbeiterschaft unter fremde Einflüsse gerate. Daß die Herren Dollfuß und Fey die Arbeiter für sich gewinnen könnten, ist nicht zu befürchten. Die Arbeiterschaft hat vor dem 12. Februar die Herren, die unsere Freiheitsrechte zertrümmert, unsere sozialen Errungenschaften abgebaut haben, gehaßt. Die Arbeiterschaft haßt jetzt erst recht die Frauen- und Kinder-Mörder, die ihre



schweren Batterien auf die Gemeindegäuser gerichtet haben. Viel größer ist die Gefahr, daß der Nationalsozialismus in verstärktem Maße in die Arbeiterschaft einzudringen vermöchte. Schon im Ausgang des Kampfes haben wir von Wiener Arbeitern gehört: „Jetzt bleibt nichts anderes übrig, als mit den Nazi gegen Dollfuß zu gehen.“ So mancher Arbeiter denkt heute: „Wenn die Nazi uns nur versprechen, den Dollfuß und den Fey aufzuhängen, dann gehen wir mit ihnen!“ Darin liegt eine ernste Gefahr. Sie zu bekämpfen ist unsere allererste Aufgabe.

Vergessen wir nicht, was Hitler in Deutschland getan hat! Der Todfeind der deutschen Arbeiter ist auch unser Feind. Die Arbeiterschaft darf sich durch noch so heiligen, noch so gerechten Zorn über die kleinen Tyrannen in eigenen Lande nicht dazu verleiten lassen, dem bluttriefenden großen Despoten des Dritten Reiches zur Herrschaft über Oesterreich zu verhelfen.

Es muß alles daran gesetzt werden, dem Eindringen des deutschen Nationalfaschismus in die österreichische Arbeiterschaft entgegenzuwirken.

Aber über diese nächste Aufgabe hinaus werden der Sozialdemokratie in Oesterreich in gar nicht ferner Zeit große geschichtliche Aufgaben gestellt sein.

Die Diktatur Dollfuß-Fey wird nicht lange dauern. Hitler hat sich auf die straff geführte militärische Organisation seiner SA und SS, Mussolini auf seine Schwarzhemden stützen können. Dem österreichischen Faschismus fehlt eine solche faschistische Gewaltorganisation. Er hat dafür — die Vaterländische Front. Aber das sind keine SA und keine Schwarzhemden. Das ist ein Sammelsurium von jüdischen Bourgeois, die den Antisemitismus Hitlers fürchten, von monarchistischen Aristokraten, klerikalen Kleinbürgern, von Heimwehren, die täglich gegen Dollfuß meutern und an Dollfuß Erpressungen verüben, von Ostmärkischen Sturmchargen, die gegen die Heimwehren organisiert werden, von einem großen Troß armer Teufel, dessen eine Hälfte Nazi und dessen andere Hälfte Sozialdemokraten sind, die beide das rotweißrote Bändchen nur tragen, um eine Arbeitsstelle nicht zu verlieren oder um eine Arbeitsstelle zu bekommen. Eine solche Spottgeburt ohne Feuer ist keine zureichende Stütze einer dauerhaften faschistischen Diktatur.

Zwischen den christlichsozialen Bauern und Kleinbürgern auf der einen, den die Heimwehren kommandierenden Aristokraten auf der anderen Seite bestehen schroffe Gegensätze. Sie intrigieren gegeneinander. Sie rüsten gegeneinander. Die faschistische Diktatur kann sehr wohl noch mit dem Kampf der Faschisten gegeneinander enden.

Der Zerfall der austrofaschistischen Front in zwei gegeneinander kämpfende Gruppen kann uns sehr bald Gelegenheiten bieten, wenn wir nur da sein, bereit sein, stark genug sein werden, diese Gelegenheiten auszunützen.

Aber selbst wenn die austrofaschistische Front nicht zerfällt, wenn Dollfuß auch weiterhin getreulich und gehorsam die Befehle des Herrn Fey vollzieht und die christlichsozialen Bauern und Kleinbürger sich



gehorsam den die Heimwehren kommandierenden Aristokraten und Generalen unterwerfen, steht dem Austrofaschismus noch ein gefährlicher Feind entgegen. Der Massenhaß, den die blutige Niederwerfung des Aufstandes erzeugt hat, wird den Nationalsozialismus stärken. Die Auflösung unserer Partei, unserer Jugendorganisationen vor allem, hat Dämme niedergerissen, die bisher noch der Ausbreitung der braunen Flut im Wege gestanden sind. Es kann noch eine Stunde kommen, in der die Sieger von heute, von dem Nationalsozialismus bedroht, Hilfe und Rettung bei den Besiegten suchen werden.

Wie kann sich Dollfuß vor einer solchen Lage retten? Er kann die Versöhnung mit Hitler suchen. Oder er kann seine Zuflucht in einer Restauration der Habsburger suchen.

Dollfuß hat vor kurzem erst den Weg zu Hitler gesucht. Es ist sehr wohl möglich, daß der große Kämpfer für die Unabhängigkeit Oesterreichs ihn morgen wieder suchen wird. Aber jede schwarzbraune Koalition in Oesterreich, wie immer sie getarnt wäre, wäre nur der erste Schritt zur „Gleichschaltung“, zur Verwandlung Oesterreichs in ein zweites Danzig, zum tatsächlichen Anschluß Oesterreichs an das Dritte Reich. Und der Anschluß wäre unzweifelhaft der europäische Krieg.

Dollfuß kann den anderen Weg zu gehen versuchen: Den Weg zu Habsburg. Die Wiederherstellung einer österreichisch-ungarischen Monarchie unter dem Zepter der Habsburger ist das eigentliche Ziel Feys, das Ziel der Aristokraten und Generale, die die Heimwehr kommandieren; sie kann die letzte Zuflucht der Diktatur sein. Man mußte die Sozialdemokratie niederwerfen, um dem Kaiser den Weg in die Hofburg zu bahnen. Herrscht erst Habsburg wieder über Oesterreich und Ungarn, dann kann die Diktatur Oesterreich mit ungarischen Bajonetten niederhalten. Ungarn wird dafür den Anspruch eintauschen, daß die Söhne der österreichischen Arbeiter, Bauern und Bürger mit ihrem Blut dem König von Ungarn die Slowakei und Kroatien wiedererobern.

Eine Utopie? Keineswegs. Die erste Tat Dollfuß' nach der Niederwerfung der Arbeiter war die Vereinbarung einer Zusammenkunft mit Mussolini und Gömbös. Die italienisch-österreichisch-ungarische Alliance ist auf dem Wege. Die Monarchisten hoffen, daß Mussolini eine Tochter des Königs von Italien Otto Habsburg vermählen und die Wiederherstellung einer österreichisch-ungarischen Habsburgermonarchie fördern werde. Sie glauben, daß Frankreich dem keinen Widerstand entgegenzusetzen werde, um Oesterreich dauernd von Deutschland abzuriegeln. Sie meinen, daß die Tschechoslowakei und Jugoslawien die Restauration werden geschehen lassen müssen, wenn Italien sie will und Frankreich nicht willens ist, sie zu verhindern. Aber vom Tage der Restauration an werden die Intrigen in der Slowakei und in Kroatien beginnen. So sicher, wie der Anschluß an das Dritte Reich, bedeutet auch die Restauration der Habsburger den Krieg.

Die Niederwerfung der österreichischen Sozialdemokratie hat beide Wege freigelegt: den Weg zu Hitler und den Weg zu Habsburg. Aber beide führen zum Krieg. Europa wird noch erfahren, welche Schlüssel-



stellung des europäischen Friedens mit der österreichischen Sozialdemokratie zerstört worden ist.

Aber wenn die Gegenrevolution zum Kriege führen wird, so wird der Krieg zur Revolution führen.

Ob die Diktatur an den Klassengegensätzen in ihrem eigenen Lager oder ob sie an dem Gegensatz zwischen dem Austrofaschismus und dem Nationalfaschismus scheitert, ob sie ihre Rettung in der Verständigung mit Hitler oder in der Wiedereinsetzung der Habsburger suchen wird, — ihre Tage sind gezählt. Auf die Dauer werden nicht 30 Prozent des Volkes über 70 Prozent, nicht das Dorf über die Großstadt, nicht der Klerikalismus über ein zu zwei Dritteln nicht klerikales Volk die Diktatur ausüben können.

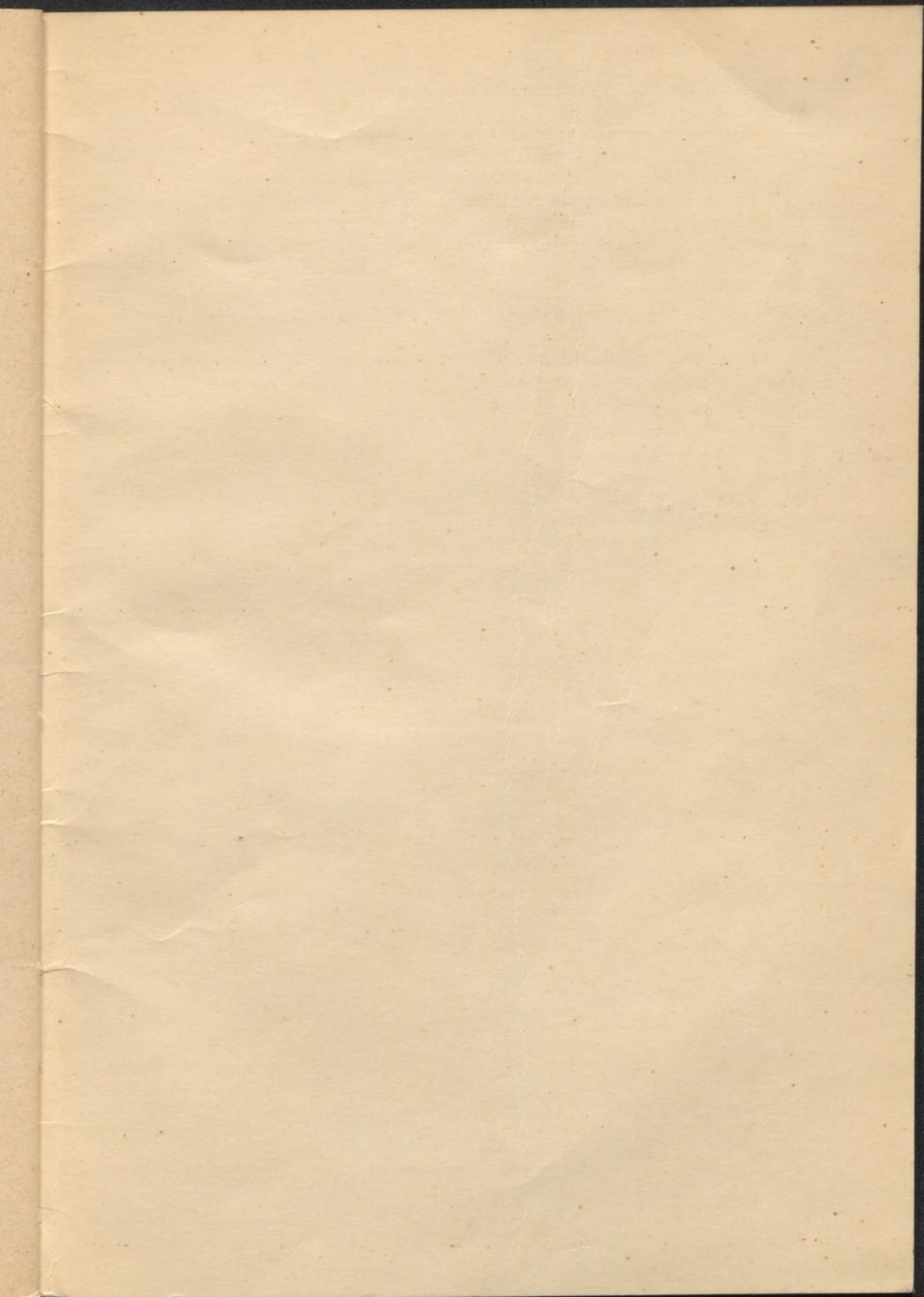
Die Gelegenheiten, die wir werden ausnützen können, werden kommen. Es gilt, dafür zu sorgen, daß wir gerüstet seien, sie auszunützen.

Der Tag der Vergeltung, der Tag der Revanche, der Tag des Sieges wird kommen.

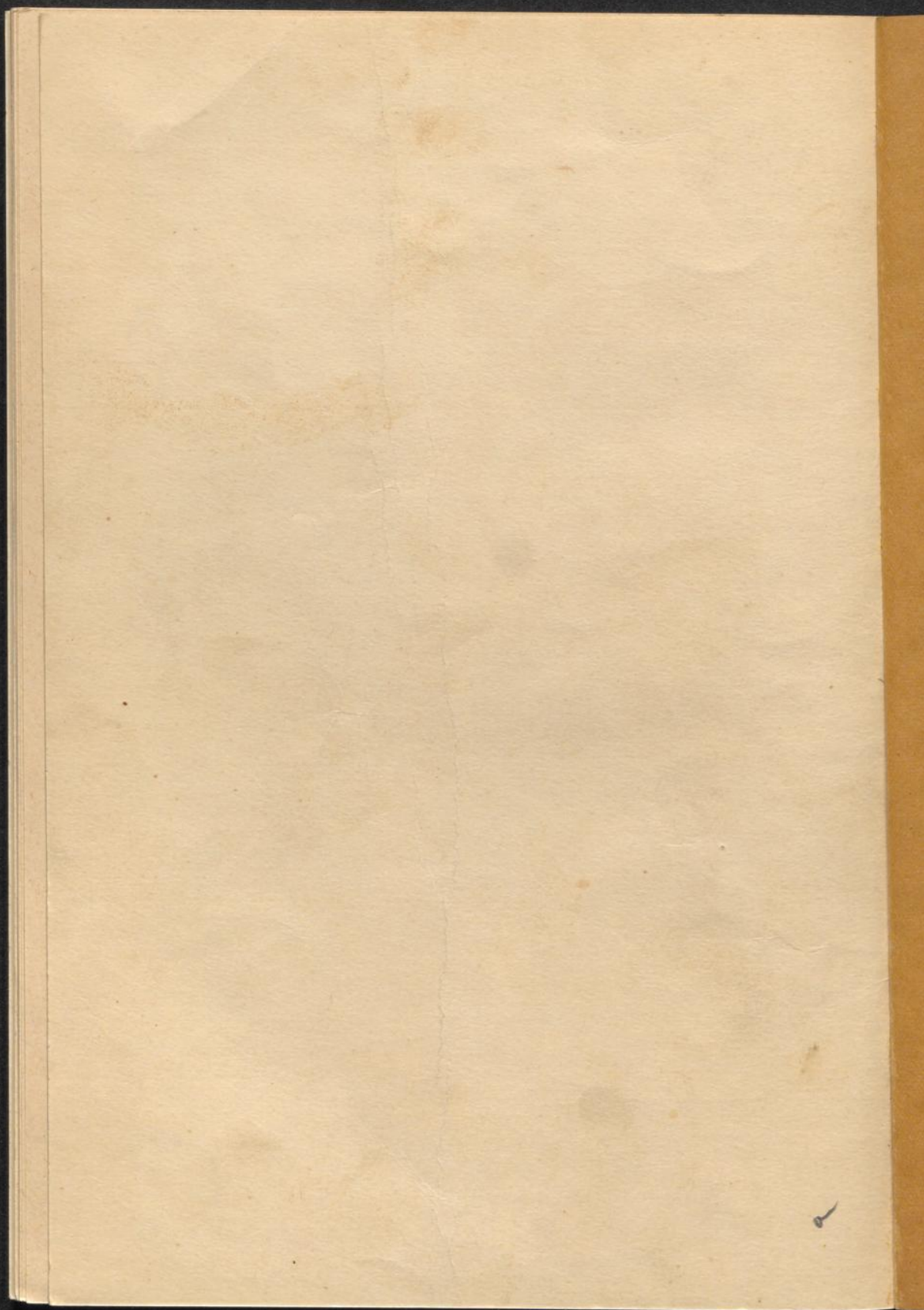
Am Tage des Sieges werden die österreichischen Arbeiter mit waldenden roten Fahnen zu den Gräbern unserer Gefallenen und Gerichteten ziehen, in unauslöschlicher Dankbarkeit der Helden des österreichischen Freiheitskampfes gedenkend.

Bratislava, 19. Februar 1934.

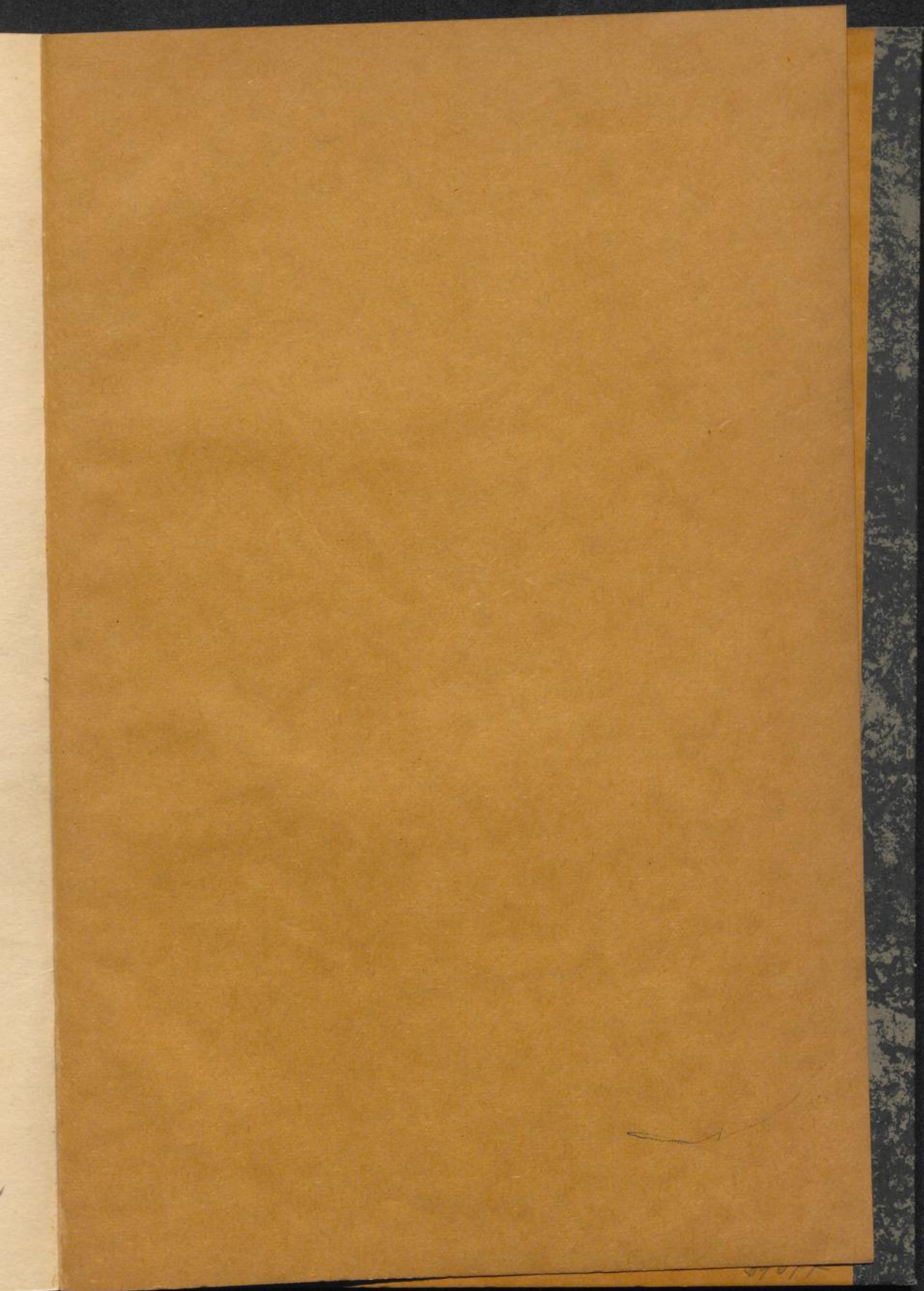




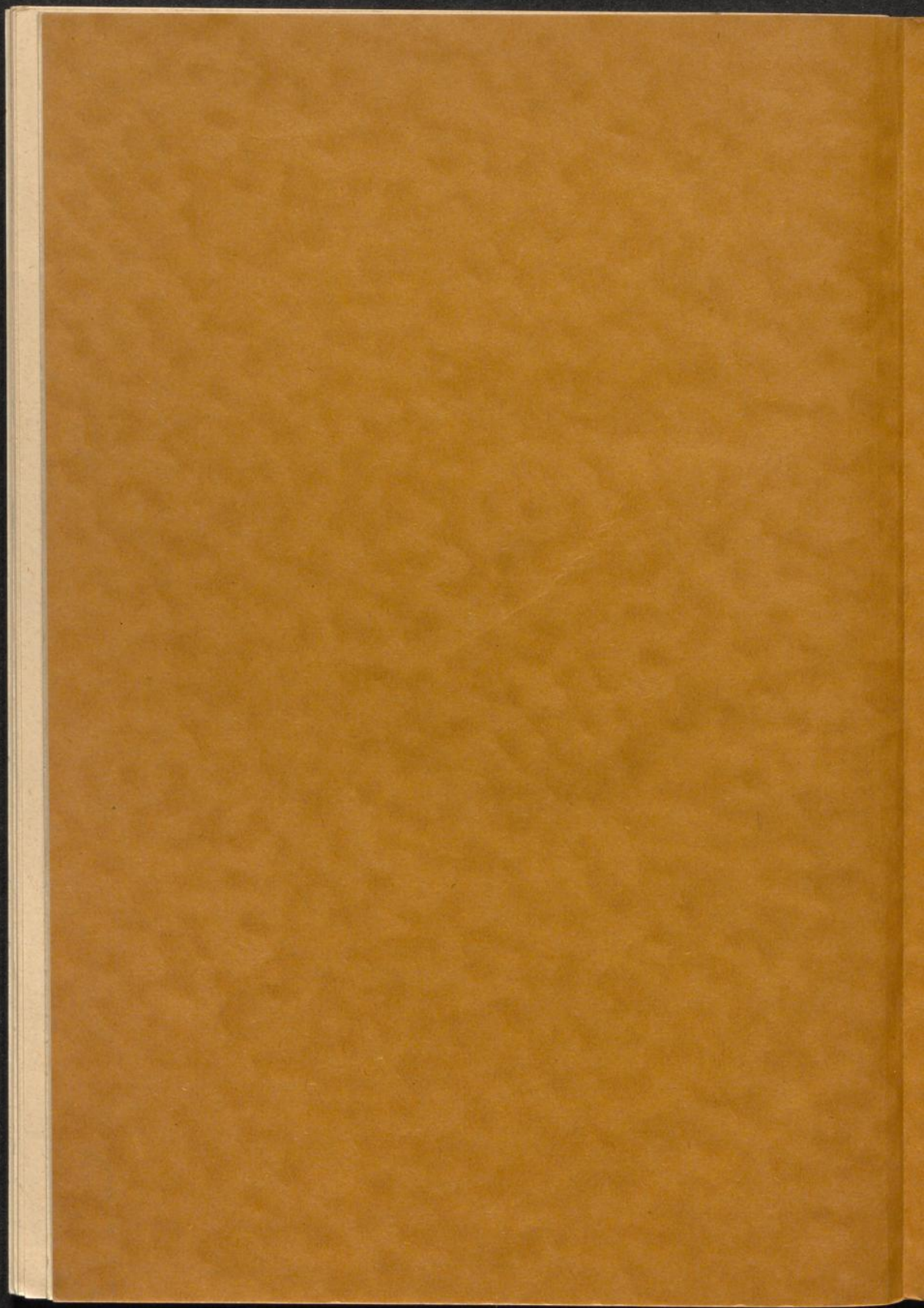
















39644



